

---

# **DIPLOMARBEIT**

---

Herr  
**Matthias Josef Franz KMETYKO**

**Auswirkung der Wirtschafts-  
krise auf die Wirtschaft und  
deren Bevölkerung**

Neunkirchen, 2014



Fakultät Wirtschaftswissenschaften

---

# **DIPLOMARBEIT**

---

## **Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Wirtschaft und deren Bevölkerung**

Autor:

**Herr Matthias Josef Franz KMETYKO**

Studiengang:

**Wirtschaftswissenschaften**

Seminargruppe:

**KW10wNA-F**

Erstprüfer:

**Prof. Dr. rer. oec. Johannes N. Stelling**

Zweitprüfer:

**Prof. Mag. Erich Greistorfer**

Einreichung:

**Mittweida, Juli 2014**

Verteidigung/Bewertung:

**Neufeld an der Leitha, 2014**

Faculty of Economic Sciences

---

## **Diploma Thesis**

---

# **The effect of the economic crisis on the economy and be- tween their peoples**

author:

**Mr.**

**Matthias Josef Franz KMETYKO**

course of studies:

**Industrial engineering**

seminar group:

**KW10wNA-F**

first examiner:

**Prof. Dr. rer. oec. Johannes N. Stelling**

second examiner:

**Prof. Mag. Erich Greistorfer**

submission:

**Mittweida, Juli 2014**

defence/ evaluation:

**Neufeld an der Leitha, 2014**

## **Bibliografische Beschreibung:**

Kmetyko, Matthias:

„Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Wirtschaft und deren Bevölkerung“ –  
2014 – 3 Seiten Inhaltsverzeichnis, 3 Seiten Abbildung – und Abkürzungsver-  
zeichnis, 63 Seiten Inhalt, 4 Seiten Literaturverzeichnis, Neunkirchen, Hochschu-  
le Mittweida, Fakultät Wirtschaftswissenschaften,  
Diplomarbeit, 2014

## **Referat:**

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Wirtschaft und deren Bevölkerung. Ziel ist es, Ansätze zu finden, um die Wirtschaft und die Bevölkerung der betroffenen Länder auf diese Situation vorzubereiten beziehungsweise Krisen zu vermeiden.

# Inhalt

<b>Inhalt .....</b>	<b>I</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>IV</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>VI</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>1</b>
1.1 Zielsetzung.....	2
1.2 Methodische Vorgehensweise.....	2
1.3 Literaturrecherche .....	2
<b>2 Grundlagen und Begriffserklärungen .....</b>	<b>3</b>
2.1 Europäische Zentralbank.....	3
2.2 Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM).....	4
2.3 Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM).....	4
2.4 Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF).....	5
2.5 Rating.....	6
2.6 AAA – Bonität.....	6
2.7 Case-Shiller Home-Price-Index .....	6
2.8 Inflation .....	7
2.9 Deflation.....	7
2.10 Geld .....	7
2.11 Aktie.....	8
2.12 Immobilie.....	8
2.13 Hypothek.....	9
2.14 Fond.....	9
2.15 Anleihe .....	10
2.16 Subprime Kredit.....	11
<b>3 Die Entstehung der Finanzkrise .....</b>	<b>13</b>

---

<b>4</b>	<b>Scheitert Europa am Euro .....</b>	<b>15</b>
4.1	<i>Die Zukunft der europäischen Währung.....</i>	17
4.2	<i>Die Wirkung der europäischen Wahrung auf die Wirtschaft.....</i>	18
4.3	<i>Folgen eines Staatsbankrotts.....</i>	19
<b>5</b>	<b>Bankrotte Staaten in der Eurozone.....</b>	<b>23</b>
5.1	<i>Griechenland .....</i>	23
5.2	<i>Irland.....</i>	25
5.3	<i>Portugal .....</i>	27
5.4	<i>Zypern .....</i>	29
<b>6</b>	<b>Drohende Staatsbankrotte in der Eurozone.....</b>	<b>31</b>
6.1	<i>Spanien.....</i>	31
6.2	<i>Ungarn.....</i>	33
6.3	<i>Slowenien .....</i>	34
6.4	<i>Belgien.....</i>	35
6.5	<i>Italien.....</i>	37
6.6	<i>Grobritannien.....</i>	38
6.7	<i>Frankreich.....</i>	39
<b>7</b>	<b>Wirtschaftliche Aspekte in der Krise .....</b>	<b>42</b>
7.1	<i>Geldwerte .....</i>	43
7.2	<i>Sachwerte.....</i>	43
<b>8</b>	<b>Krisenmodule der Wirtschaft .....</b>	<b>45</b>
8.1	<i>Aktien.....</i>	46
8.2	<i>Edelmetalle .....</i>	47
8.3	<i>Anleihen.....</i>	48
8.4	<i>Fremdwährungen.....</i>	49
8.5	<i>Immobilien .....</i>	50
8.6	<i>Rohstoffe .....</i>	52
<b>9</b>	<b>Die Auswirkung der Krise.....</b>	<b>54</b>
9.1	<i>Auswirkung der Krise auf Betriebe .....</i>	54
9.2	<i>Auswirkung der Krise auf den Privatbereich.....</i>	55

Inhalt	III
<b>10 Zusammenfassung und Ausblick.....</b>	<b>58</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>65</b>
<b>Selbstständigkeitserklärung .....</b>	<b>69</b>



# Abbildungsverzeichnis

<b>Abbildung 1:</b>	Die Europäische Zentralbank und ihre Aufgaben.....	S.3
<b>Abbildung 2:</b>	Der Europäische Rettungsschirm ESM.....	S.4
<b>Abbildung 3:</b>	Der EFSM und der EFSF.....	S.5
<b>Abbildung 4:</b>	Funktionsweise eines Fonds.....	S.10
<b>Abbildung 5:</b>	Vergabe von Subprime Krediten in den USA 1998 – 2006 .....	S.12
<b>Abbildung 6:</b>	Verkäufe von Immobilien in den USA – Deutschland – Österreich seit 2000.....	S.14
<b>Abbildung 7:</b>	Der Euro seit der Einführung.....	S.16
<b>Abbildung 8:</b>	EU – Prognose für die Krisenländer.....	S.19
<b>Abbildung 9:</b>	Verschuldung von Griechenland im Vergleich zum Bruttoinlandspro- dukt.....	S.25
<b>Abbildung 10:</b>	Irlands Verschuldung in Relation zum BIP.....	S.27
<b>Abbildung 11:</b>	Portugals Verschuldung in Relation zum BIP.....	S.28
<b>Abbildung 12:</b>	Zyperns Wirtschaftswachstum seit 2003.....	S.30
<b>Abbildung 13:</b>	Zyperns Verschuldung in Relation zum BIP.....	S.30
<b>Abbildung 14:</b>	Spaniens Verschuldung in Relation zum BIP.....	S.32
<b>Abbildung 15:</b>	Ungarns Staatsschulden In Prozent des BIP.....	S.34
<b>Abbildung 16:</b>	Gesamtstaatliches Defizit Sloweniens.....	S.35
<b>Abbildung 17:</b>	Wachstum des Realen BIP von Belgien.....	S.37
<b>Abbildung 18:</b>	Wachstum des Realen BIP von Italien.....	S.38
<b>Abbildung 19:</b>	Großbritanniens Staatsverschuldung in % des BIP.....	S.39
<b>Abbildung 20:</b>	Frankreichs Staatsverschuldung in % des BIP.....	S.41
<b>Abbildung 21:</b>	Entwicklung des Deutschen Aktienindex.....	S.47

---

<b>Abbildung 22:</b>	Entwicklung des Goldpreises.....	S.48
<b>Abbildung 23:</b>	Beispiel Anhand der Norwegischen Staatsanleihe.....	S.49
<b>Abbildung 24:</b>	Entwicklung der Immobilienpreise in Österreich seit 2002.....	S.51
<b>Abbildung 25:</b>	Entwicklung des Rohölpreises.....	S.53
<b>Abbildung 26:</b>	Mindestlöhne in der EU und anderen Ländern.....	S.63

## Abkürzungsverzeichnis

<b>ESM</b>	Europäischer Stabilitätsmechanismus
<b>EFSM</b>	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
<b>EFSF</b>	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>SWP</b>	Stabilitäts- und Wachstumspakt
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>EWU</b>	Europäische Währungsunion
<b>bzw</b>	beziehungsweise
<b>NLB</b>	Nova Ljubljanska Banka
<b>EZB</b>	Europäische Zentralbank
<b>USA</b>	Vereinigte Staaten von Amerika
<b>OMV</b>	Österreichische Mineralöl Verwaltung
<b>BP</b>	British Patrol
<b>VW</b>	Volkswagen
<b>BMW</b>	Bayrische Motoren Werke
<b>ATX</b>	Österreichischer Aktien Index
<b>DAX</b>	Deutscher Aktien Index

# 1 Einleitung

Die Thematik, der internationalen Krise, beschäftigt seit Jahren Politik und Wissenschaft. Um Lösungen wurde seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise gerungen. In Europa selbst kristallisierte sich eine Schuldenkrise, innerhalb der Europäischen Union und deren Mitgliedsstaaten, heraus. Kaum wurde ein Rettungspaket verabschiedet, gelangte der nächste Staat in eine finanzielle Misere, allen voran Griechenland, dessen Volkswirtschaft komplett versagte. Ebenso wurde die Währung der Union in Frage gestellt. Rettungsschirme wurden konstruiert, ob diese ihren Zweck erfüllen, wird erst die Zukunft zeigen. Das Spiel der Banken und deren Kreditvergabemethoden wurden, zu diesem Zeitpunkt, zum Problem der großen Volkswirtschaften, nämlich der Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union. Der Immobilienboom verursachte einen starken Anstieg der Kaufpreise. Kunden wurden, egal welcher Bonitätsstufe der Käufer angehörte, finanziert. Als die Rückzahlungen, der offenen Kredite, ins Stocken gerieten, brach der Markt, aufgrund der nicht gedeckten Sicherheiten, in sich zusammen, da der Wert der Immobilie nicht dem Finanzierungsvolumen entsprach. Das Resultat ergab hohe Ausfälle bei den Banken, wobei der Gegenwert der erworbenen Häuser und Wohnungen nicht dem tatsächlichen Wert entsprach. Somit wurden die Banken selbst zum Finanzproblem. Die ausgegebenen faulen Kredite waren uneinbringbar. Börsen brachen ein, und die Krise schwappte auf Europa über. Wobei Europa nicht in dem Sinn von der amerikanischen Immobilienblase betroffen war. Europa hatte ein Problem der defizitären Staatshaushalte. Jedoch griff die Krise auch auf die Banken in Europa über. Deutsche Bank und andere große Geldinstitute waren in die faule Kreditvergabe verstrickt. Der Stein kam ins Rollen, als große Anleger in krisensichere Module, wie Gold und Silber, Immobilien in Europa, investierten. Durch diese Investitionen stiegen auch die Kaufpreise der Immobilien in Österreich. Platzt hier die nächste Immobilienblase? Die Bevölkerung reagierte mit Zurückhaltung und übte sich im Sparen. Dies wiederum verursachte den Rückgang des Wirtschaftswachstums. Exporte wurden teurer und brachen zu

Beginn der Krise ebenfalls ein. Die Arbeitslosenquote stieg in allen Mitgliedsstaaten enorm an.

### **1.1 Zielsetzung**

Die Diplomarbeit befasst sich mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, beleuchtet werden unter anderem die derzeit herrschende Währung der Europäischen Union, aber auch einzelne Mitgliedsstaaten, welche den Rettungsschirm in Anspruch genommen haben bzw. kurz davor stehen, eine finanzielle Hilfe durch die Europäische Union zu holen. Der wirtschaftliche Aspekt steht hier im Vordergrund. Unternehmen bzw. Betriebe in der Eurozone, aber auch die Bürger der Europäischen Union sind von der Krise betroffen. Welche Auswirkung haben die einzelnen Zuschüsse an die überschuldeten Staaten? Wie wirkt sich die Stellung jener Staaten aus, die bis zu diesem Zeitpunkt für marode Staaten Garantien abgegeben haben? Ebenso soll geklärt werden, ob dem Ruf nach einer neuen Währung, in den europäischen Ländern, in denen der Euro die Landeswährung darstellt, Folge geleistet werden soll. Wird die herrschende Wirtschaftskrise bzw. Finanzkrise zu einem Generationenproblem und wie kann dagegen vorgegangen werden?

### **1.2 Methodische Vorgehensweise**

Die methodische Vorgehensweise der vorliegenden Diplomarbeit basiert auf der hermeneutischen Methode.

### **1.3 Literaturrecherche**

Die Literaturrecherche der vorliegenden Diplomarbeit erfolgte in Bibliotheken diverser Fachhochschulen und Universitätsbibliotheken, wo Fachbücher verwendet wurden, in einschlägige Fachzeitschriften und Beiträgen aus dem Internet.

## 2 Grundlagen und Begriffserklärungen

In diesem Kapitel werden sowohl die Rechtsgrundlagen sowie die Begrifflichkeiten zu dem Thema Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Wirtschaft und deren Bevölkerung näher erörtert.

### 2.1 Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank (EZB) wurde als Einrichtung für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegründet. Im Jahre 1998 begann die Tätigkeit der Europäischen Zentralbank als Institution. Eine der Aufgaben der Europäischen Zentralbank ist die Kontrolle von Finanzinstituten wie zum Beispiel Banken, jedoch besteht die Hauptaufgabe in der Geldpolitik für die einzelnen Volkswirtschaften innerhalb der Europäischen Union. Die Europäische Zentralbank setzt sich aus den einzelnen Nationalbanken der Mitgliedsstaaten der am Währungsverbund teilnehmenden Länder der Europäischen Union zusammen.



Abbildung 1: Die Europäische Zentralbank und ihre Aufgaben

Quelle: [http://www.bpb.de/themen/110W19.0.0.Die\\_europ%4aische\\_W%E4hrungspolitik.html](http://www.bpb.de/themen/110W19.0.0.Die_europ%4aische_W%E4hrungspolitik.html)

## 2.2 Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Der Europäische Stabilitätsmechanismus soll zur Unterstützung jener Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dienen, welche mit großen Finanzproblemen kämpfen. Das Ziel des Rettungsschirmes ist, dadurch die Eurozone als Ganzes zu stabilisieren.<sup>1</sup>

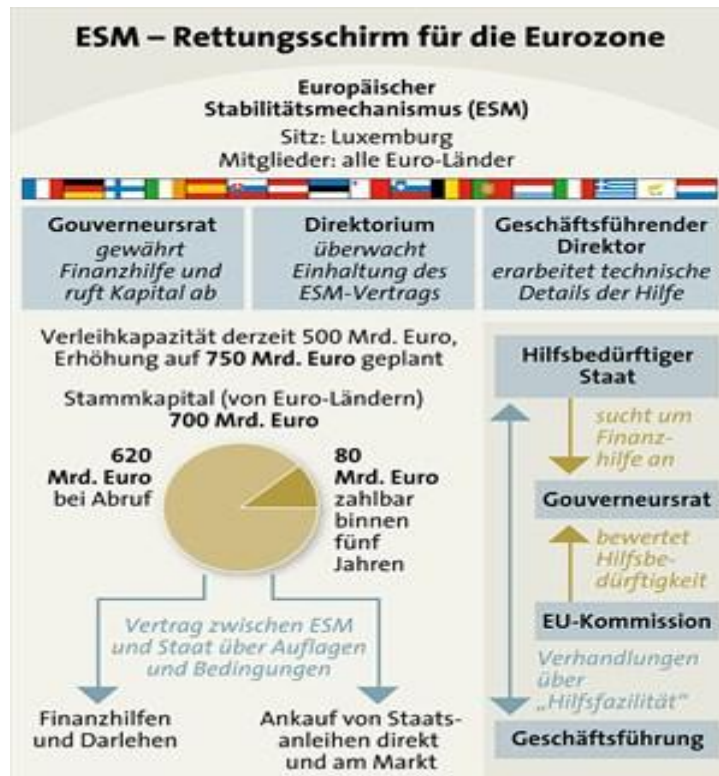


Abbildung 2: Der Rettungsschirm ESM

Quelle: <http://derstandard.at/1326504115473/ESM-Unwiderrufliche-Milliardenzusagen>

## 2.3 Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM)

Die Deutsche Bundesbank definiert den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus folgendermaßen: „Der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (European Financial Stability Mechanism, EFSM) ist eine zusätzliche Finanzierungs-

<sup>1</sup> (vgl. Grandt M., 2013, S.38.)

quelle für die EU-Kommission; die EU-Mitglieder haben sie im Jahre 2010 unter dem Eindruck der Finanz- und Staatsschuldenkrise beschlossen. Der EFSM ermächtigt die EU-Kommission, im Namen der EU am Kapitalmarkt bis zu 60 Milliarden Euro aufzunehmen, um sie unter strengen Bedingungen an Mitgliedsstaaten der EU, die außergewöhnlichen Ereignissen ausgesetzt sind, auszuleihen.“<sup>2</sup>

## 2.4 Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

Sandleben definiert in seinem Buch *Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit die europäische Finanzstabilitätsfazilität* folgendermaßen: „**EFSF** – European Financial Stability Facility (Europäische Finanzstabilitätsfazilität). Teil des EU-Rettungsschirms, der 750 Milliarden Euro umfasst. Als Nachfolger ist ab 2013 der dauerhaft geltende Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 700 Milliarden Euro (80 Milliarden als Bareinlage, 620 Milliarden als Garantie oder abrufbares Kapital) vorgesehen.“<sup>3</sup>

A robust framework for crisis management ...



Abbildung 3: Der EFSM und der EFSF

Quelle: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/wp-content/uploads/2012/07/2.jpg>

<sup>2</sup> (Deutsche Bundesbank, 2014)

<sup>3</sup> (Sandleben G., 2011, S.118.)



## 2.5 Rating

Die Autorin des Buches *Die globale Finanzmarktkrise* Prof. Dr. Michaela Hellerforth definiert Rating folgendermaßen: „Unter einem Rating versteht man die bonitätsmäßige Bewertung bzw. Klassifizierung der Kreditwürdigkeit eines Emittenten oder Kreditnehmers, welche durch eine Ratingagentur (rating-agency) durchgeführt wird. AAA ist bei den Ratingagenturen Standard & Poor´s sowie Fitch die bonitätsmäßig höchste Einstufung von Schuldnern, dies entspricht einem AAA bei Moody´s die schlechteste Einstufung ist D (zahlungsunfähigkeit).“<sup>4</sup>

## 2.6 AAA – Bonität

Sandleben definiert in seinem Buch *Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit* die AAA – Bonität, folgendermaßen: „Die Bewertung Triple-A (Dreifach-A) ist die beste Bewertung eines Wertpapiers (z. B. Staats- oder Unternehmensanleihe) durch die Ratingagentur (z. B. Moody´s, Standard & Poor´s, Fitch Ratings). Da die Bonität (= guter Ruf einer Person oder Firma in Bezug auf ihre Zahlungsfähigkeit) des Emittenten der Anleihe (Schuldner) als sehr hoch eingestuft wird, ist der Zins vergleichsweise niedrig. Der Schuldner kann sich auch weiterhin günstig finanzieren. Unter Abstufungen reichen die Bewertungen bis hin zum Zahlungsausfall („DDD“). Triple-B („BBB“) steht für durchschnittlich bewertete Anleihen, bei denen im Falle einer Verschlechterung der Gesamtwirtschaft; größere Bonitätsprobleme auftreten können. Hier ist der Zins höher als bei Triple-A-Anleihen“<sup>5</sup>

## 2.7 Case-Shiller Home-Price-Index

Der Case – Shiller Home-Price - Index zeigt in den 10 beziehungsweise 20 wichtigsten Regionen der USA den Anstieg bzw. Abfall der Immobilienpreise.<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> (Prof. Dr. Hellerforth M., 2009, S.98.)

<sup>5</sup> (Sandleben G., 2011, S.116.)

<sup>6</sup> (vgl. Ebd., 2011, S.117.)

## 2.8 Inflation

Der ständige Anstieg des Preisniveaus wird in der Wirtschaft als die sogenannte Inflation bezeichnet. Durch das Statistische Bundesamt wird die Inflationsrate über einen Warenkorb einmal im Monat hochgerechnet. Dieser Warenkorb soll die unterschiedlichen Ausgaben des Durchschnittshaushaltes darstellen. Die publizierten Zahlen machen die Inflationsrate sichtbar und zeigen die Preissteigerung in dem erhobenen Monat, verglichen mit dem Vergleichszeitraumes im Jahr davor.<sup>7</sup>

## 2.9 Deflation

Die Deflation stellt einen Abfall des Preisniveaus auf allen Wirtschaftszweigen. Deflation entsteht, wenn das Angebot höher als die Nachfrage ist. Durch die rückläufige Nachfrage der Wirtschaftsgüter verbilligen sich die Preise auf allen Märkten. Folge davon ist ein geringer Absatz bei den Unternehmen. Betriebe müssen aufgrund der geringeren Nachfrage Mitarbeiter entlassen, dies schlägt sich zusätzlich auf die Arbeitslosen Zahlen des Staates nieder. Die Gewinner einer Deflation sind Personen, die ein großes Geldvermögen ihr eigen nennen dürfen, durch die Zinsbereinigung besitzt deren Kapital einen höheren Wert.

## 2.10 Geld

Die Autoren des Buches *Das Kartenhaus Weltfinanzsystem* Wolfgang Eichhorn und Dirk Solte definieren Geld folgendermaßen: „Geld ist ein spezielles Tauschmittel. Speziell, weil es nicht unmittelbar den Bedarf eines Tauschpartners befriedigt, sondern (nur) zu weiteren Tauschaktionen einsetzbar ist. Dafür ist allgemeine Anerkennung Voraussetzung, die weitgehend vom Staat zustande gebracht wird. Das bezieht sich aber nur auf einen ganz bestimmten Typ von Geld, nämlich auf das von der Zentralbank (oder dem Staat) herausgegebene Geld. Der Staat verpflichtet sich gesetzlich, dieses Geld zur Begleichung aller Steuerschulden unbe-

---

<sup>7</sup> (vgl. Grandt M., 2013, S. 52.)

grenzt anzunehmen, und empfiehlt die Annahme des Zentralbankgeldes zur Begleichung aller (Geld-)Schulden im Allgemeinen.“<sup>8</sup>

## 2.11 Aktie

Holger Krause, der Autor des Buches *Wege zum Börsenerfolg* definiert Aktie folgendermaßen: „Ein Unternehmen hat mehrere Möglichkeiten der Finanzierung. Zum Beispiel können nicht entnommene (thesaurierte) Gewinne wieder neu investiert werden, oder langlebige Wirtschaftsgüter werden durch Abschreibungserlöse im Laufe der Jahre wieder neu finanziert. Oft jedoch ist beides nicht ausreichend, eine große Anzahl von Unternehmen finanziert sich daher zusätzlich durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen, also festverzinslichen Wertpapieren, oder Aktien. Die Ausgabe von Wertpapieren muß wohldurchdacht sein, denn während beispielsweise bei der Fremdfinanzierung für die Schuldverschreibungen meist Kapitalkosten bzw. Zinsen in gleicher Höhe anfallen, sind diese bei der Eigenfinanzierung durch Ausgabe von Aktien jeweils von der Gewinnhöhe abhängig. Auch steuerlich gibt es Unterschiede, gelten die Fremdkapitalzinsen doch als Aufwand und schmälern so den zu versteuernden Gewinn.“<sup>9</sup>

## 2.12 Immobilie

Wohnungen, Gebäude oder sonstige Bauwerke gelten laut Gesetz als unbewegliche, unselbständige Bestandteile einer Liegenschaft. Eine Immobilie wird in Be-lassungsabsicht errichtet, gemeint ist hier, dass das Gebäude bzw. das Bauwerk oder die Wohnung nicht von dieser Liegenschaft wegbewegt werden kann. Diese Definition ist in Österreich im Paragraph 297 Allgemein Bürgerliches Gesetzbuch verankert. Das Gesetz sagt ebenfalls aus, dass Markthütten und Schrebergarten-häuser nicht als unbewegliche Sachen dienen. Die Bauart von Markthütten bzw.

---

<sup>8</sup> (Eichhorn W. & Solte D., 2009, S. 42.)

<sup>9</sup> (Krause H., 1987, S. 33.)

Gartenhäuser stellt nicht die Absicht dar, dauerhaft an diesem Ort zu verbleiben.

<sup>10</sup>

### 2.13 Hypothek

Hypotheken sind eingetragene Pfandrechte, z.B. die Verpfändung einer Immobilie bzw. unbeweglichen Sache, bedingt durch einen Kredit eines Finanzinstitutes, an einen Geldgeber. Das Recht des Pfandgläubigers ist, durch Veräußerung der Immobilie seine Kosten abzudecken, falls der Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. In der Regel werden diese Rechte auch als Pfandrechte benannt und in das Grundbuch der jeweiligen Liegenschaft niedergeschrieben beziehungsweise eingetragen.

### 2.14 Fond

Ein Fond ist eine Anlageform, in den der Großteil der Kleinanleger investiert. Fonds bieten eine Vielzahl von Risikoeinschränkungen im Finanzsektor. Hier besteht die Möglichkeit, durch eine Streuung des Kapitals, verschiedene Veranlagungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Hier ist die Mischung der Veranlagungsstrategie ausschlaggebend. Der Kleinanleger trägt somit nicht das Risiko, wie bei dem Erwerb einer Aktie, nur in ein Investment Kapital zu investieren, sondern er kann mehrere Investments in Anspruch nehmen, z.B. kann ein Teil in Aktien, ein Teil in Immobilien oder zusätzlich in Unternehmen veranlagt werden. Hier hat der Kunde durch eine monatliche Rate, welche durch die Fondsgesellschaft festgelegt wird, die Möglichkeit, Anteile zu erwerben. Durch einen Vertrag wird die Laufzeit festgehalten, wie lange der Investor mit seinen monatlichen Beiträgen an die Fondsgesellschaft gebunden ist.

---

<sup>10</sup> (vgl. Doralt W., 2012, S. 49.)

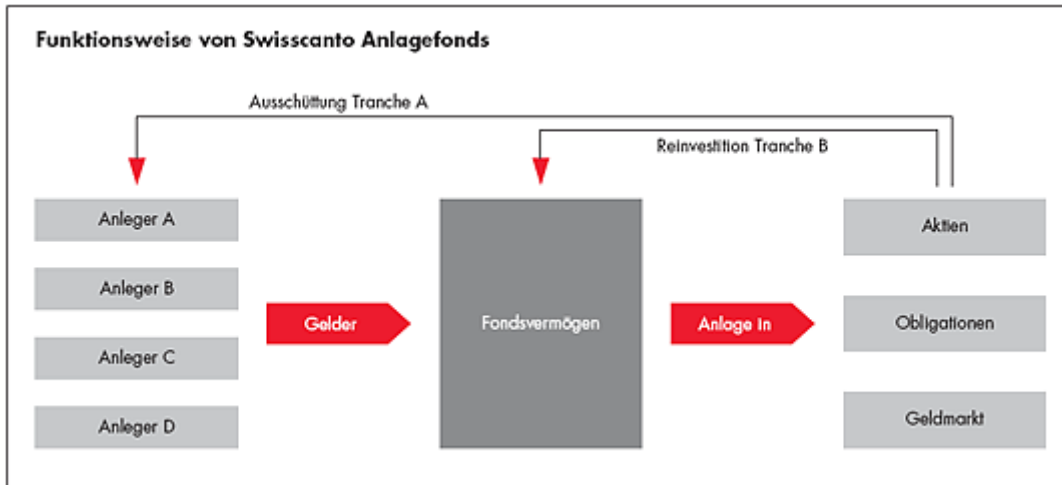


Abbildung 4: Aufbau eines Fonds

Quelle: <http://www.swisscanto.ch/ch/de/retail/anlagefonds.html>

## 2.15 Anleihe

Die Österreichische Börsen AG definiert den Begriff Anleihe folgendermaßen: „Eine Anleihe ist ein Vertrag, in dem genau geregelt ist, dass im Zuge einer Anleihe-Emission (Ausgabe) mehrere Zeichner (Anleger) dem Emittenten (Ausgeber) für eine vereinbarte Laufzeit und Verzinsung ein bestimmtes Kapital überlassen. Der Zeichner ist somit Gläubiger des Emittenten und hat ein Recht auf Verzinsung sowie auf Rückzahlung des eingesetzten Kapitals. Somit stehen sich ein Gläubiger und ein Schuldner gegenüber. Der Zeichner hat die Möglichkeit, die Anleihe entweder bis zur Rückzahlung (Tilgung) zu behalten oder sie vorher weiterzuverkaufen. Verändert sich das allgemeine Zinsniveau, das in erster Linie von volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt, dann ändert sich auch der Preis der Anleihe bei einem vor der Tilgung liegenden Kauf oder Verkauf. Steigt das Zinsniveau, so fällt der Preis der Anleihe. Fällt allerdings das Zinsniveau, so steigt der Preis der Anleihe. Der Verkauf von Wertpapieren bei der Emission wird als Primärmarkt bezeichnet, der Handel an den Märkten des Börseunternehmens oder der außerbörsliche Handel als Sekundärmarkt.“<sup>11</sup>

<sup>11</sup> (Wiener Börse, 2014)

## 2.16 Subprime Kredit

Prof. Dr. Michaela Hellerforth erklärt den Begriff des Subprime Kredites in ihrem Buch *Die globale Finanzkrise, Ursachen und Auswirkungen auf die Immobilien- und Realwirtschaft* folgendermaßen: „Subprime-Loans sind Kredite, die an Schuldner schlechter Bonität vergeben werden. Es gibt keine allgemein anerkannte Definition des Begriffs *Subprime*. Die Bonität eines Subprime-Schuldners kann jedoch als *grenzwertig und darunter* bezeichnet werden. Die genaue Unterscheidung zwischen einem Kreditnehmer, der einen Alt-A-Kredit hält, der zwischen erstklassig und Subprime liegt, und einem Subprime-Kreditnehmer ist nicht immer einfach zu treffen, somit wird eher ein Segment mit fließenden Grenzen beschrieben als ein fest definierter Sektor innerhalb des Hypothekenmarktes.“<sup>12</sup>

In den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es eine Gruppierung für eine Einstufung als Darlehensnehmer. Diese Kategorien werden in 1. Prime, 2. Alt – A und Subprime eingestuft. Die Kunden werden durch ein Risikomodell gemessen. Der Kreditinteressent wird als Prime – Kunde eingestuft, wenn er mehr als 15 Prozent Eigenkapital in die Finanzierung einfließen lassen kann und die Rückzahlung des Darlehens nicht mehr als 50 – 55 % des Einkommens in Anspruch nimmt. Diese Kredite werden auch besser konditioniert.<sup>13</sup> [http://www.in-sm-oekonomienblog.de/wp-content/uploads/2009/03/subprime\\_volumen\\_neugeschaeft.gif](http://www.in-sm-oekonomienblog.de/wp-content/uploads/2009/03/subprime_volumen_neugeschaeft.gif)

---

<sup>12</sup> (Hellerforth M., 2009, S.15.)

<sup>13</sup> (vgl. Ebd., 2009, S.16.)

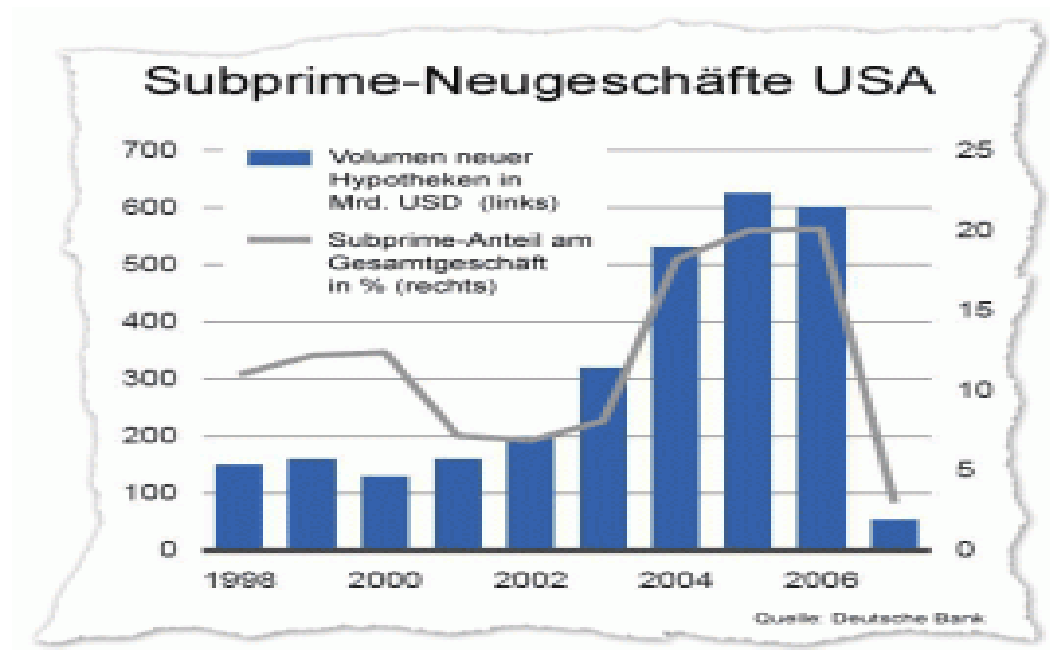


Abbildung 5: Vergabe von Subprime Krediten in den USA von 1998 – 2006

Quelle: <http://www.insm-oekonomenblog.de/339-umverteilung-zu-den-banken/>

### 3 Die Entstehung der Finanzkrise

Um die Entstehung der Finanzkrise näher erörtern zu können, sollten zwei wesentliche Ereignisse im zwanzigsten und einundzwanzigsten Jahrhundert beleuchtet werden.

Die Autoren Matthias Weik und Marc Friedrich erwähnen in ihrem Buch *Der Grösste Raubzug der Geschichte*, dass zwei bedeutende Ereignisse als Grundlage für die derzeit herrschende Finanz- und Wirtschaftskrise zu nennen sind. Anfangs wird die Einstellung des Gold- und Devisenstandards in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und die darauf folgende, Anfang des einundzwanzigsten Jahrhunderts einsetzende Überschwemmung des Marktes in den Vereinigten Staaten mit billigem Zahlungsmittel, das durch niedrige Zinsen begünstigt wurde, angeführt.<sup>14</sup>

Zu erwähnen gilt, dass sich die Krise bereits Ende 2005 ankündigte, als sich im US - Immobiliensektor eine Abwärtsentwicklung bemerkbar machte. Der ständige Abwärtstrend der Immobilienverkäufe führte dazu, dass sich im August 2007 die Hausverkäufe halbierten und dies sogleich als erster Höhepunkt der Finanzkrise bezeichnet werden kann.<sup>15</sup>

Die Darstellung der Entwicklung der Immobilienverkäufe lässt klar den Trend erkennen, dass im Zeitraum vom Jahr 2000 bis ins Jahr 2008 der Erwerb von Wohnungen oder Häuser in den Vereinigten Staaten von Amerika enorm anstieg, während die Länder Deutschland und Österreich in dieser Zeit einen kontinuierlichen Trend nach oben vorweisen. Von 2008 an platzte die amerikanische Immobilienblase, und der Markt brach ein. Die Farbe Blau kennzeichnet in der Abbildung die Vereinigten Staaten von Amerika, die Farbe Grün steht für das Land Österreich und Türkis stellt die Immobilienverkäufe in Deutschland dar.

---

<sup>14</sup> (vgl. Weik M. & Friedrich M., 2013, S.37.)

<sup>15</sup> (vgl. Sandleben G., 2011, S.10.)



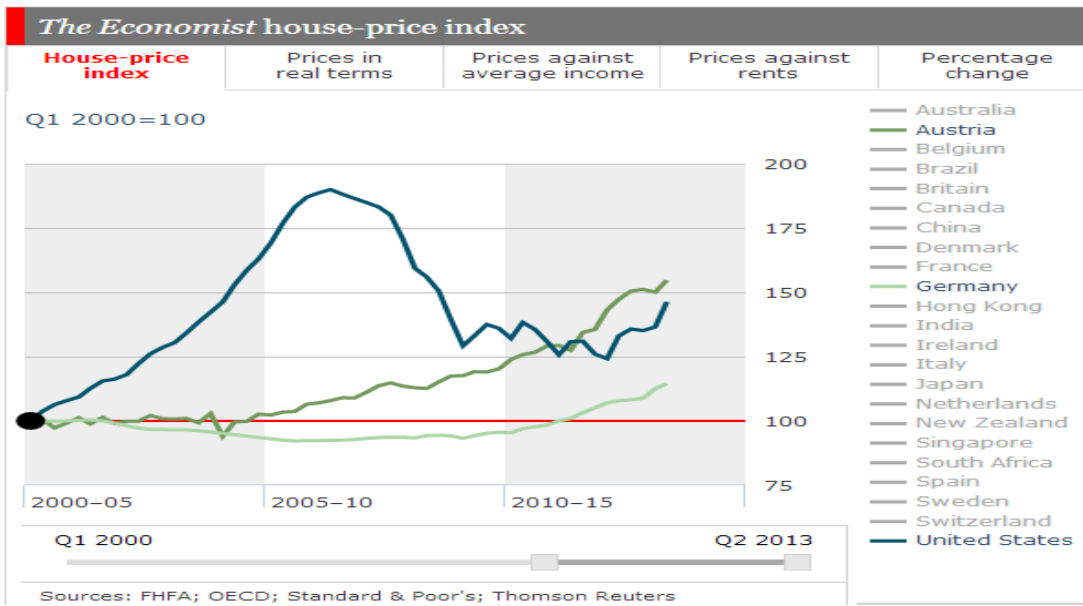


Abbildung 6: Verkäufe von Immobilien in den USA – Deutschland – Österreich seit 2000

Quelle: <http://www.fils.at/wp-content/uploads/2014/01/österreich-immobilien-preise.png>

## 4 Scheitert Europa am Euro

Das folgende Kapitel befasst sich mit der Europäischen Währung, der Entwicklung des Euros seit seiner Einführung sowie dessen Auswirkungen auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion. Die Einführung einer gemeinsamen Währung, innerhalb der Mitgliedsstaaten hatte unvorhersehbare Auswirkungen. Gerade in einer Krise, egal welcher Art, welche einzelne Volkswirtschaften bis an den Rand des Ruins brachte, kann durch diese starke Währung kaum gelenkt werden. Die Frage stellte sich schon kurz nach dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise, ob diese Länder, welche schwer von der Krise betroffen wurden, in ihre ursprüngliche Währung wieder zurück wechseln sollten. Auch wurde die Idee geboren, einen Euro für die Nordstaaten und einen Euro für die Südstaaten der Währungsunion einzuführen. Durch die harte Währung ist es manchen Ländern nicht möglich, eine Abwertung zu vollziehen, um wieder konkurrenzfähig zu werden. Die Folge daraus ist eine zusätzliche Schuldenkrise, welche alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Bann hält.

Die Europäische Währung zeigte in den ersten Jahren nach der Einführung einen stetigen Aufwärtstrend. Selbst die Umstellung in den einzelnen Mitgliedsstaaten stellte sich als reibungslos heraus. Durch ein ausgezeichnetes Marketing und eine hervorragende Vorarbeit brach förmlich eine Hochstimmung in den einzelnen Staaten aus. Die Europäische Zentralbank sprühte nur von Optimismus und war mitverantwortlich dafür, dass der neuen Währung eine hervorragende Zukunft versprochen wurde. Dies schlug sich auch im Aufwärtstrend gegenüber dem Dollar nieder. Der Euro legte von 0,86 Punkten auf 1,36 Punkten zu.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> (vgl. Wittmann W., 2012, S. 103 f.)

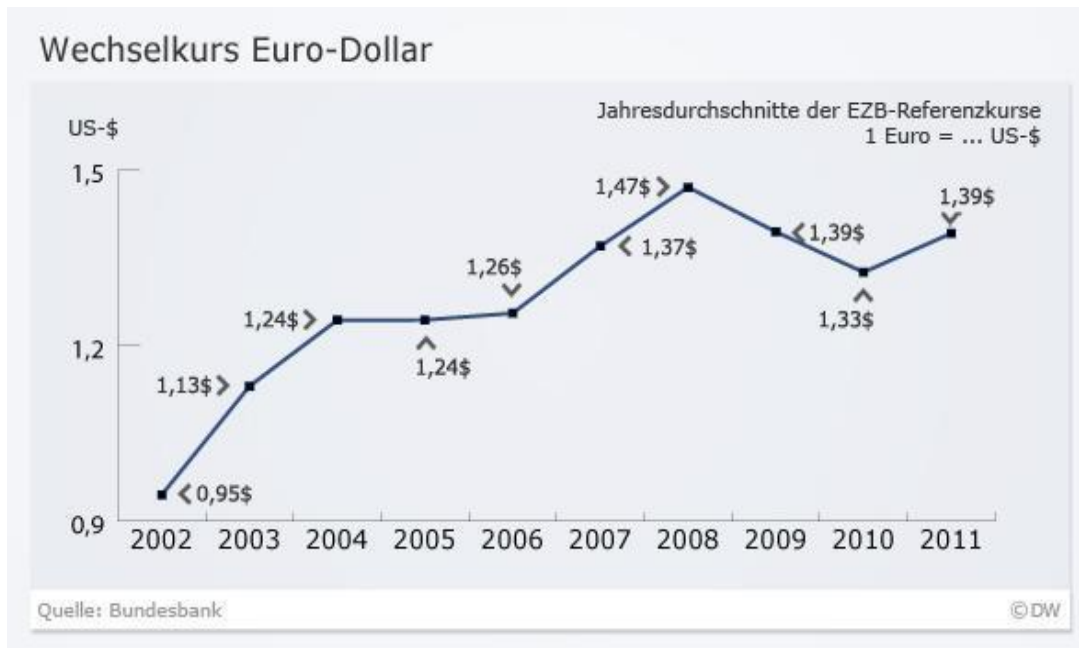


Abbildung 7: Der Euro seit der Einführung

Quelle: <http://www.dw.de/niedriger-eurokurs-grund-zur-sorge/a-15656818>

Michael Grandt, Autor des Buches *Deutschland vor dem Kollaps, Warum es zum Staatsbankrott kommen muss*, meint ebenfalls, dass die Euphorie gegenüber der Europäischen Währung sehr groß ausfiel. Der Euro sollte eine Verteidigungslinie bilden, indem das Ausufern der Inflation eingedämmt werden musste und sich die Staatsverschuldungen in Grenzen halten sollten. Jedoch ist das Fundament, auf dem die Europäische Währung und deren Mitgliedsstaaten gebaut wurde, nun brüchig und droht einzustürzen. Der Euro und die Union, welche allen Angriffen von außen trotzen sollte, haben ausgedient. Der Kontinent Europa in Form der Europäischen Union scheint am Ende.<sup>17</sup>

Thilo Sarrazin schreibt in seinem Buch *Europa braucht den Euro nicht* zu dem Thema folgendes: „Das Verhältnis zwischen dem Erfolg bzw. Misserfolg des Euro einerseits und der weiteren europäischen Integration andererseits ist asymmetrisch: Ein funktionierender Euro würde Europa keineswegs automatisch in den bundesstaatlichen Himmel heben. Aber ein Auseinanderbrechen der Eurozone könnte negative Konsequenzen für die weitere Integration in Europa haben bzw.

<sup>17</sup> (vgl. Grandt M., 2013, S. 26.)

eine politische Dynamik in Gang setzen, die auch bereits erreichte Integrations-schritte wieder in Frage stellt. Darum muss man alles tun, was im Rahmen des Vernünftigen geboten ist, um das Überleben des Euro zu sichern, aber eben nicht um jeden Preis. Der Preis, der für den Euro gezahlt wird, wäre zum Beispiel dann zu hoch, wenn das Ergebnis eine fiskalische Gesamthaftung in der Eurozone wäre. Es wäre auch zu hoch, wenn die Rahmenbedingungen der gemeinsamen Währung die wirtschaftliche Entwicklung in den Südländern dauerhaft behindern bzw. den Leistungswettbewerb zwischen den Euroländern einschränken.“<sup>18</sup>

#### 4.1 Die Zukunft der europäischen Währung

Nachdem die Krise in Europa Einzug gehalten hatte und bekannt wurde, dass einige Mitglieder der Währungsunion mit ihrem Staatshaushalt in Schieflage geraten waren, wurde erstmalig die Zukunft der Währung infrage gestellt. Die einzelnen Staaten berieten darüber, wie sie mit der Krise und deren Auswirkung umgehen sollten. Es wurde jedoch schnell klar, dass ein Ausstieg aus der gemeinsamen Währung negative Folgen haben könnte. Gegenüber dem Dollar war der Euro stabil geblieben. Die Währung verursachte aber innerhalb der Union Probleme, welche für einige Staaten nicht zu bewältigen waren. Ein Rettungsschirm wurde von der Europäischen Union verabschiedet, um jene Staaten in der Währungsunion zu stützen, deren Staatsdefizit astronomische Größen annahm. An erster Stelle traf dies für Griechenland zu. Zu sagen ist auch, dass die Schulden, einzelner Mitgliedsstaaten das herrschende Problem in Europa verursachen, aber nicht die Währung selbst. Diese Thematik wird in den folgenden Kapiteln näher erörtert.

Walter Wittmann meint in seinem Buch *Superkrise, die Wirtschaftsblase platzt*: „Vorab – noch einmal – eine Klarstellung: Die EU hat nicht primär eine Euro-, sondern eine Schuldenkrise. Der Rettungsschirm wurde aufgespannt, um bedrohte Länder vor dem offiziellen Bankrott zu retten. Letztlich wollte man den Banken nicht zumuten, für ihre ruinöse Kreditvergabe an marode Länder geradezustehen. Man befürchtete eine Bankenkrise, die gigantische staatliche Hilfen auslösen wür-

---

<sup>18</sup> ( Sarrazin T., 2012, S.237 f.)

de. Die Eurokrise ist sozusagen ein Etikettenschwindel. Richtiger wären Schulden-Rettungsschirm oder Bankrott-Rettungsschirm zum Einsatz gekommen. Mit einer solchen Bezeichnung wäre der Euro ungleich weniger in die Schusslinie und unter Druck geraten. Doch auch das wurde in den Massenmedien aufgebauscht, denn gegenüber dem Dollar war und ist der Euro eigentlich eine relativ harte Währung. Das kann man am Verlauf des Wechselkurses seit der Einführung des Euro im Jahre 1999 ablesen.“<sup>19</sup>

## 4.2 Die Wirkung der europäischen Währung auf die Wirtschaft

Der Euro wirkte nach dem Bekanntwerden der Krise sehr belastend, blieb aber gegenüber dem Dollar weiterhin sehr stabil. Die Wirkung auf die Mitgliedsstaaten fiel jedoch sehr negativ aus. Durch die finanziellen Unterstützungen anderer Mitgliedsstaaten, wie Griechenland, Irland, Spanien und Portugal, mussten die Staaten, welche als Kreditgeber fungierten, deren Staatshaushalte bereinigen. Dies bedeutete den Anstieg von Steuern in fast allen Bereichen der Volkswirtschaft. Ebenso stiegen die Kosten der Industrieunternehmen, aber auch im Lebensmittelbereich kletterten die Preise durch die Inflation nach oben. Immobilien und andere Anlageformen, welche klassisch in einer Krise genutzt werden, verzeichneten einen starken Anstieg. Der klassische Konsument übte sich zu diesem Zeitpunkt sehr zurückhaltend. Dies bedeutete auch, dass die Umsätze in den einzelnen Wirtschaftssektoren zurückgingen. Die Maßnahmenpakete einzelner Regierungen innerhalb der Union kommen nur schwer in Gang und werden immer wieder durch negative Wachstumsnachrichten an den Beginn zurückversetzt.

Durch die Finanzkrise kamen in den europäischen Ländern mehre Staaten unter Druck. Die Volkswirtschaften von Griechenland, Italien, Portugal und Spanien wurden schwer getroffen. Schon nach kurzer Zeit stellte sich heraus, wie gering expandiert wurde. Um einer Krise entgegenzuwirken, konnte Griechenland früher seine Staatswährung abwerten, diese Möglichkeit war ab dem Beitritt zur Währungsunion nicht mehr möglich. Griechenlands Wirtschaft verlor den Boden unter

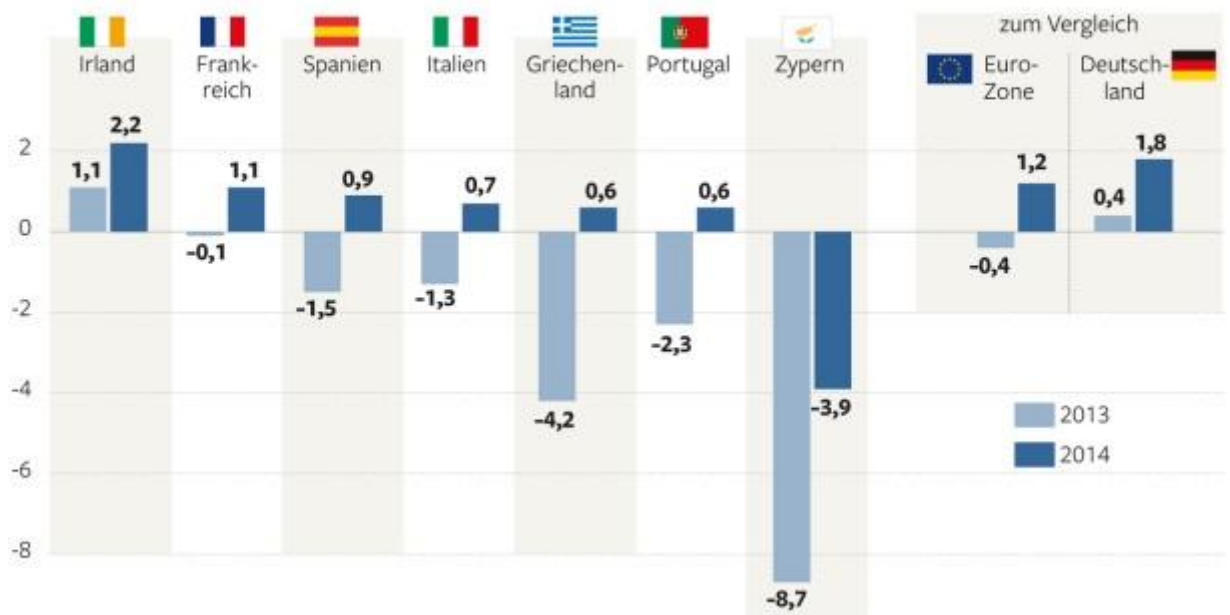
---

<sup>19</sup> (Wittmann W., 2012, S. 113 f.)

den Füßen. Die Wachstumszahlen in den Ländern Italien, Spanien Portugal und Griechenland fielen negativ aus, ebenso ließen die Steuereinnahmen der Staaten nach.<sup>20</sup>

## EU-Prognose für die Krisenländer

Wirtschaftswachstum in Prozent des Bruttoinlandprodukts



Quelle: EU-Kommission

Abbildung 8: EU – Prognose für die Krisenländer

Quelle: <http://www.welt.de/wirtschaft/article116206715/Frankreichs-Regierung-verweigert-sich-der-Realitaet.html>

### 4.3 Folgen eines Staatsbankrotts

Das folgende Unterkapitel beschäftigt sich mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch eines Staates. Immer wieder stellte sich die Frage, ob es bessere Aussichten für einen bankrotten Staat gäbe, wenn dieser seine Zahlungsunfähigkeit gegenüber seinen Gläubigern bestätigt. In der Privatwirtschaft ist dies ein normaler Zyklus. Kann ein Unternehmen seinen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, ist der Gang zum Konkursgericht eine gesetzliche Pflicht. Zögert der Unternehmer die Anmeldung hinaus, kann dies zu höheren Schulden führen.

<sup>20</sup> (vgl. Brunetti A., 2011, S. 85.)

Bei Staaten wird dies anders gesehen. Staaten sind Schuldner untereinander, sie aber haben auch gegenüber von Anlegern, wie Bürger und Banken, welche Staatsanleihen erworben haben, ihr Gesicht zu wahren. Die Bankrotterklärung eines Staates hat auch Auswirkungen auf andere Volkswirtschaften, und es kann zu Teuerungen von Importen kommen. Aber auch Arbeitsplätze und Unternehmen sind von der herrschenden finanziellen Lage eines Staates abhängig. Die Zahlungsunfähigkeit und die mögliche, darauffolgende Bankrotterklärung kann aber auch einen Neustart für das betroffene Land darstellen. Am Beispiel Griechenlands kann aufgrund der Unionsmitgliedschaft nicht gesagt werden, was passieren würde, wenn ein Land der Währungsunion den Konkurs anmeldet. Es wäre der erste Fall innerhalb einer Staatenunion. Ein Problem stellen auch die privaten Geldgeber eines Staates dar. Da Banken Anleihen ankaufen, besteht wiederum die Gefahr eines Schuldenschnittes, und somit kommt es zu Verluste in den Gläubigerbanken.

Die einzelnen Staaten nehmen das Risiko einer hohen Verschuldung zur Rettung des Bankensektors auf sich, umgekehrt gewähren Banken den Staaten finanzielle Unterstützung. Mit dieser Unterstützung erhalten die Banken die Zahlungsfähigkeit bankrotter Staaten. Durch dieses System entstanden astronomischen Schuldenberge, welche am Ende dem Steuerzahler in Rechnung gestellt werden.<sup>21</sup>

Matthias Weik und Marc Friedrich schreiben in ihrem Buch *Der Grösste Raubzug der Geschichte, Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden* zu dem Thema Staatsbankrott: „Wie uns die Geschichte lehrt, können Staaten sehr wohl bankrott gehen. Allerdings sind hierbei zwei unterschiedliche Formen zu beachten. Zum einen die Form des offenen Staatsbankrotts. Dies kommt eher selten vor. Zum anderen der Weg des verdeckten Staatsbankrotts. Dieser wird von Regierungen bevorzugt. Dies bedeutete früher eine Münzverschlechterung und heute das Drucken von ungedecktem Papiergeld. Folgen die-

---

<sup>21</sup> (vgl. Grandt M., 2013, S. 99.)

ser Maßnahmen sind meistens Inflation, Hyperinflation und schlussendlich eine Währungsreform.“<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup> (vgl. Weik M. & Friedrich M., 2013,S. 215.)





## 5 Bankrotte Staaten in der Eurozone

Griechenland, Portugal, Irland und Zypern gelten laut den internationalen Ratingagenturen als bankrott. In den nachfolgenden Punkten soll ein kurzer Einblick über die unterschiedlichen Entstehung der Zahlungsunfähigkeit dieser Länder gewährt werden. Ausschlaggebend war in manchen Ländern die amerikanische Immobilienmarktkrise, bei anderen Ländern wie Griechenland die Anhäufung großer Schuldenberge. Zypern wurde durch die enge Verbundenheit zur griechischen Wirtschaft in den Sog mit hineingezogen. Die große Abhängigkeit der zyprischen Exporte nach Griechenland war hier ausschlaggebend. Irland wurde durch die Subprimekredite, welche durch irländische Banken finanziert wurden, an den Rand des Abgrundes gedrängt. Portugal stürzte durch die finanziellen Stützungen des Staates an seine Bevölkerung in ein bodenloses Fass. Die Staatsdefizite in den angegebenen Ländern stiegen steil nach oben an.

### 5.1 Griechenland

Der griechische Staat war eines der ersten Länder, das in eine finanzielle Notlage geriet. Staatsdefizite und die starren Verwaltungsapparate verursachten hohe Kosten im Land. Die Vermutung anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, dass das Land Griechenland bereits vor Eintritt in die Währungsunion seine Haushaltszahlen geschönt hätte, sind reine Spekulation, da sich Griechenland mit der damaligen Währung, der Drachme, wirtschaftlich und international als Staat konkurrenzfähig darstellte. Der Umstieg in die neue Währung kostete dem Staat enorme Summen, gleichzeitig musste der Arbeitsmarkt dem europäischen Standard angepasst werden. Griechenland als internationales Ansiedlungsgebiet von Großunternehmen wurde durch den Umstieg in die Währungsunion unattraktiv. Die daraus entwickelte Schuldenpolitik des Landes wurde zum Notfall der Europäischen Union und deren Mitgliedsstaaten.

Griechenland wählte im Oktober 2009 eine neue Regierung. Giorgos Papandreou, der zum Ministerpräsidenten Griechenlands gewählt wurde, erklärte nach seinem

Amtsantritt, dass das Haushaltsdefizit von Griechenland weit höher ausfällt, als seine Amtsvorgänger angegeben haben. Das Haushaltsdefizit entfalle nicht, wie von der Vorregierung angegeben auf 3,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), sondern liege bei 12,7 % des Bruttoinlandsprodukts. Dies führte in den Mitgliedsstaaten und den Finanzmärkten zu starker Beunruhigung, gleichzeitig stiegen die Zinsen der griechischen Staatsanleihen, und es wurde zum ersten Mal von einem Staatsbankrott innerhalb der Eurozone gesprochen. Griechenland verlor im Dezember 2009 durch die Herabstufung der Kreditwürdigkeit aufgrund der Ratingagenturen die höchste Bonitätsstufe. Die Herabstufung sagt aus, dass Griechenland seine Forderungen nicht mehr bedienen kann. Griechenland wurde im Februar 2010 unter ständige Haushaltskontrolle durch Brüssel gestellt.<sup>23</sup>

Die Situation von Griechenland hatte ihre Wurzeln bereits vor der Krise geschlagen. Der Umstieg Griechenlands von der Währung der Drachme zum Euro hatte dem Staat mehr gekostet als gebracht.

Der Autor Philipp Bagus meint in seinem Buch *Die Tragödie des Euro – Ein System zerstört sich selbst*: „Die fiskalischen Entwicklungen in Griechenland sind paradigmatisch für die Tragödie des Euro und ihre Anreize. Als Griechenland der EWU beitrug, vermengten sich drei Faktoren, die zu exzessiven Defiziten führten. Erstens fand der Beitritt Griechenlands zu einem sehr hohen Wechselkurs statt. Bei diesem Kurs und den vorherrschenden Löhnen waren viele Arbeiter nicht konkurrenzfähig im Vergleich zu den Arbeitern in nördlichen Ländern, die mit mehr Kapital ausgestattet waren. Die verschiedenen Möglichkeiten, dieses Problem zu entschärfen, waren (1) die Löhne zu senken, (2) die Staatsausgaben zu erhöhen, um die Arbeitslosigkeit zu subventionieren (durch Arbeitslosenunterstützung oder Frühverrentung) oder (3) jene, die nicht konkurrenzfähig waren, direkt im öffentlichen Dienst zu beschäftigen. Aufgrund starker Gewerkschaften wurde die erste Möglichkeit ausgeschlossen. Die Politiker entschieden sich für die zweite und dritte Möglichkeit, was zu höheren Defiziten führte.“<sup>24</sup>

---

<sup>23</sup> (vgl. Karrass A./Stierle S., 2011, S.16.)

<sup>24</sup> (Bagus P., 2011, S.112.)

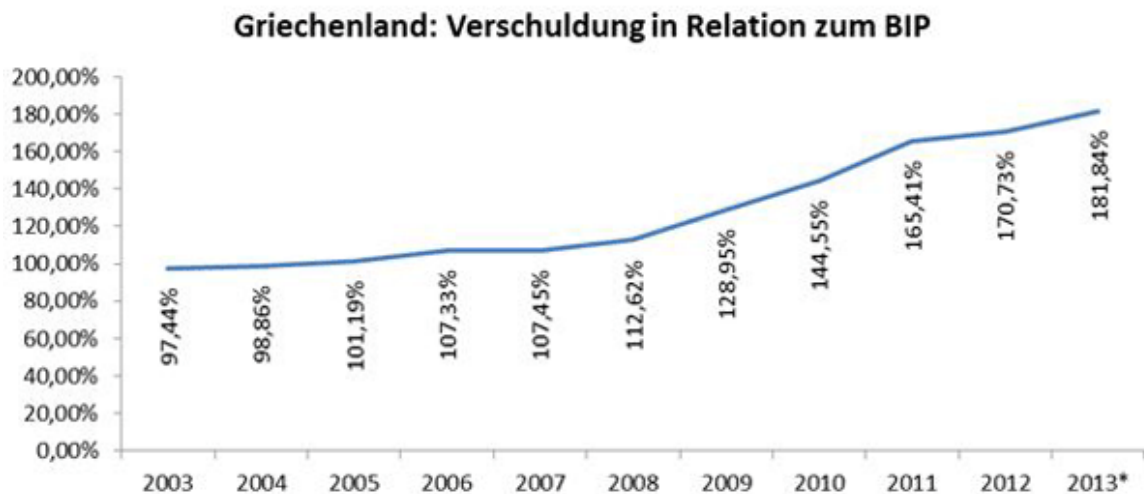


Abbildung 9: Verschuldung von Griechenland im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt

Quelle: [http://www.bka.gv.at/site/cob\\_51301/currentpage\\_0/6827/default.aspx?wai=true](http://www.bka.gv.at/site/cob_51301/currentpage_0/6827/default.aspx?wai=true)

## 5.2 Irland

Die Lage Irlands verschlechterte sich immer mehr, irische Bankhäuser waren zu stark in die Immobilienblase der Vereinigten Staaten von Amerika mit eingebunden. Fällige Kredite fielen teilweise zur Gänze aus, der Staat musste eingreifen, da der Bankensektor die heimische Wirtschaft stützte. Die hohen Ausfallraten schlugen sich bei den Banken nieder und wurden für Irland zum Staatsdebakel. Eine Unterstützung nach der anderen wurde gewährt, bis das Haushaltsdefizit des Landes enorme Summen annahm. Irland musste, in den darauffolgenden Monaten eine Unterstützung der Währungsunion durch den Rettungsschirm beantragen.

Aufgrund der Bankenkrise deutete Irland Ende September 2010 an, dass das Land noch weitere Unterstützung in Milliardenhöhe benötigt, um den ansässigen Banken Hilfe zukommen zu lassen. Die Stützung der Banken verursachte ein enormes Haushaltsdefizit von Irland in der Höhe von 32,4% des Bruttoinlandsproduktes. Jean Claude Juncker, Vorsitzender der Euro - Gruppe, nahm jedoch an, dass das Problem von Irland durch die heimische Regierung selbst gelöst wird. Der Europa -Vorsitzende dachte, dass die Regierung von Irland ein Rettungspaket nicht benötigen werde, da Irland als Vorzeigestaat innerhalb der Europäischen Union galt. Irlands Haushalt war 2006 noch ausgewogen. Irlands Problem wurde

erst nach dem Platzen der Immobilienblase im Bereich der Banken sichtbar. Der Finanzsektor war dem Erdboden gleichgemacht. Die irische Regierung garantierte 2008, dass das Land seine Banken aus der Krise holen werde: Mit einer Bürgschaft, die zu diesem Zeitpunkt eine Größenordnung von EURO 440 Milliarden betrug, ein Mehrfaches des Bruttoinlandsproduktes. Zusätzlich musste das Land Irland Kosten für die sich zuspitzende Wirtschaftskrise aufwenden. Die Regierung von Irland verordnete Ende 2009 dem Land einen harten Sparkurs, da sich das Staatsdefizit in enormen Höhen bewegte. Unter diesem Druck stiegen nicht nur die Zinsen der Staatsanleihen, sondern auch der Druck von Seiten der Europäischen Union auf die Regierung von Irland, den Rettungsschirm in Anspruch zu nehmen. Im November 2010 gab Irland bekannt, den europäischen Rettungsschirm in Anspruch zu nehmen. Irland bekam eine Unterstützung von 85 Milliarden Euro, wobei 35 Milliarden Euro für die Rettung des Bankensektors aufgewendet, und 50 Milliarden Euro dem Staatshaushalt zugeteilt wurden.<sup>25</sup>

Die Banken des Landes mussten gestützt werden. Banken vergaben Kredite an Unternehmen, finanzierten internationale Fusionen und sicherten durch die Vergabe von finanziellen Unterstützungen Arbeitsplätze. Das große Problem, welches auch heute noch herrscht, ist die starke Vernetzung der Banken untereinander. Finanzhäuser vergeben auch an andere Bankinstitute Darlehen, kommen diese ins Wanken, schlägt sich das auf die Muttergesellschaft, die Gläubigerbank, nieder. Zahlungsunfähigkeit droht, und der Staat unterstützt durch Garantien und Hafungen das Unternehmen.

Im August 2011 wurde Irland von der Ratingagentur Standard & Poors auf AA-herabgesetzt. Der Staat hatte somit immer noch eine höhere Kreditwürdigkeit als das Land Italien. Die Ratingagentur vermutete, dass Irlands Verbindlichkeiten 2012 auf 113 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zunehmen werden. Die Stützung des Bankensektors wurde korrigiert, nämlich von 35 Milliarden Euro auf 59 Milliarden Euro. Dadurch erhöhte sich auch der Druck auf die Staatsanleihen der umliegenden Länder als Auswirkung von den Schwierigkeiten der Anglo Irish Bank

---

<sup>25</sup> (vgl. Karrass A./Stierle S., 2011, S.18,19.)

und deren Überschuldung. Ausgehend von diesem Problem, werde Irland hohe Kosten für die Weiterführung der Bank in Anspruch nehmen müssen.<sup>26</sup>



Abbildung 10: Irlands Verschuldung in Relation zum BIP

Quelle: [http://www.bka.gv.at/site/cob\\_51301/currentpage\\_0/6827/default.aspx?wai=true](http://www.bka.gv.at/site/cob_51301/currentpage_0/6827/default.aspx?wai=true)

### 5.3 Portugal

Kurz nach der Einigung über das Rettungspaket Irland wurde davon ausgegangen, dass keine weiteren Staaten in eine Notlage geraten würden. Portugal war jedoch seit einiger Zeit auch in aller Munde. Das in den letzten Jahren immer gleichbleibende Haushaltsdefizit von 2,2 Prozent stieg jedoch rapide auf 9,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes an. Grund dafür war, dass der Staat die Aushaftungen des privaten Bereiches durch die Krise zum Teil übernommen hatte. Die amtierende Partei der Sozialisten beschloss, ein Programm zur Einsparung zu verabschieden. Innerhalb weniger Monate traten drei unterschiedliche Anordnungen in Kraft. Durch die Verabschiedung der Sparprogramme wurden große Demonstrationen im Land ausgelöst. Ein viertes Sparprogramm wurde im März 2011

<sup>26</sup> (vgl. Bagus P., 2011, S.140.)

vom damals regierenden Ministerpräsidenten Socrates zur Abstimmung dem Parlament vorgelegt. Dies wurde von der Opposition abgelehnt. Socrates trat aufgrund dieser Entscheidung zurück. Im April 2011 wurde Portugal durch die Ratingagenturen herabgestuft, die Folge der Schlechterstellung war ein Anstieg der Zinsen. Noch im selben Monat beantragte Portugal eine Finanzhilfe durch den Rettungsschirm.<sup>27</sup>

Die Lage von Portugal ist der Situation von Griechenland sehr ähnlich. Die Wirtschaft ist international nicht vergleichbar, der enorme Verwaltungsapparat und die starren Funktionshandelsplätze bremsen das Wachstum der Wirtschaft ein. Die Schichtung der Wirtschaft ermöglicht es nicht, den Kundenwünschen zu entsprechen, um Konsumenten zufrieden zu stellen. Um den Wünschen der Konsumenten nachzukommen, greift Portugal tief in den Staatshaushalt.<sup>28</sup>

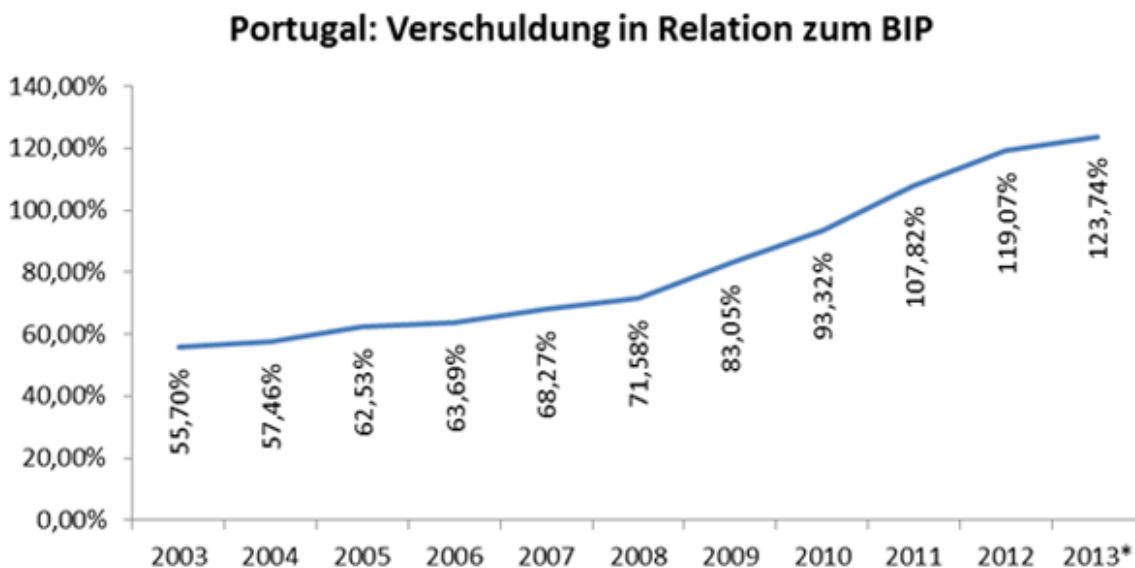


Abbildung 11: Portugals Verschuldung in Relation zum BIP

Quelle: [http://www.bka.gv.at/site/cob\\_51301/currentpage\\_0/6827/default.aspx?wai=true](http://www.bka.gv.at/site/cob_51301/currentpage_0/6827/default.aspx?wai=true)

<sup>27</sup> (vgl. Karrass A./Stierle S., 2011, S.20.)

<sup>28</sup> (vgl. Bagus P., 2011, S.150.)

## 5.4 Zypern

Die Insel im Mittelmeer wurde erst in späterer Folge ein Opfer der Europäischen Schuldenkrise. Da Griechenland der wichtigste Abnehmer von zypriotischen Produkten war, erkannte die Regierung erst spät den Zusammenhang zwischen Zypern und Griechenland. Da Zypern von seinen Exporten nach Griechenland abhängig war und dieser Sektor zusammenbrach, wurde der Inselstaat zum Problemfall. Zyperns Banken wurde auch vorgehalten, ein Paradies für unversteuerte Gelder ausländischer Investoren zu sein. Der Vorwurf wurde untermauert durch die Einlagen von russischen Oligarchen, welche ihr Geld bei zypriotischen Banken parkten. Eine Vorgabe von der Europäischen Union für die Rettung Zyperns war, dies zu bereinigen.

Zypern wurde öffentlich in Bezug auf die Finanzkrise bis zum März 2013 kaum wahrgenommen. Der Inselstaat wurde erst im Jahre 2008 Mitglied der Europäischen Währungsunion. Zypern stand von Anfang an in der wirtschaftlichen Abhängigkeit Griechenlands. Das Land war bzw. ist nicht nur mit der wirtschaftlichen Stabilität Griechenlands sehr stark verbunden, sondern auch vom Gleichgewicht der griechischen Finanzen abhängig. Der zypriotische Staat ist der Hauptexporteur nach Griechenland. Mit 22 Prozent der Einfuhren nach Griechenland ist Zypern der stärkste Partner. Bereits 2011 kamen erste Zweifel an der Finanzstabilität des Landes an die Öffentlichkeit.<sup>29</sup>

---

<sup>29</sup> (vgl. Grandt M., 2013, S. 151 f.)



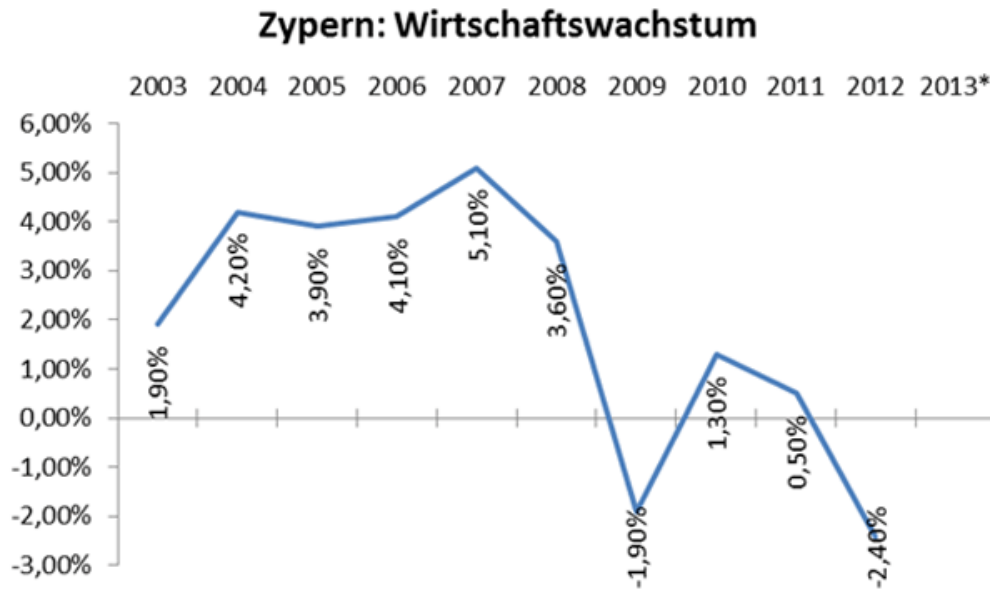


Abbildung 12: Zyperns Wirtschaftswachstum seit 2003

Quelle: [http://www.bka.gv.at/site/cob\\_51301/currentpage\\_0/6827/default.aspx?wai=true](http://www.bka.gv.at/site/cob_51301/currentpage_0/6827/default.aspx?wai=true)

Durch die Abhängigkeit Zyperns von Griechenland aufgrund der wirtschaftlichen Handelspartnerschaft war es nur eine Frage der Zeit, dass sich die Zahlen auf den Staatshaushalt niederschlugen.

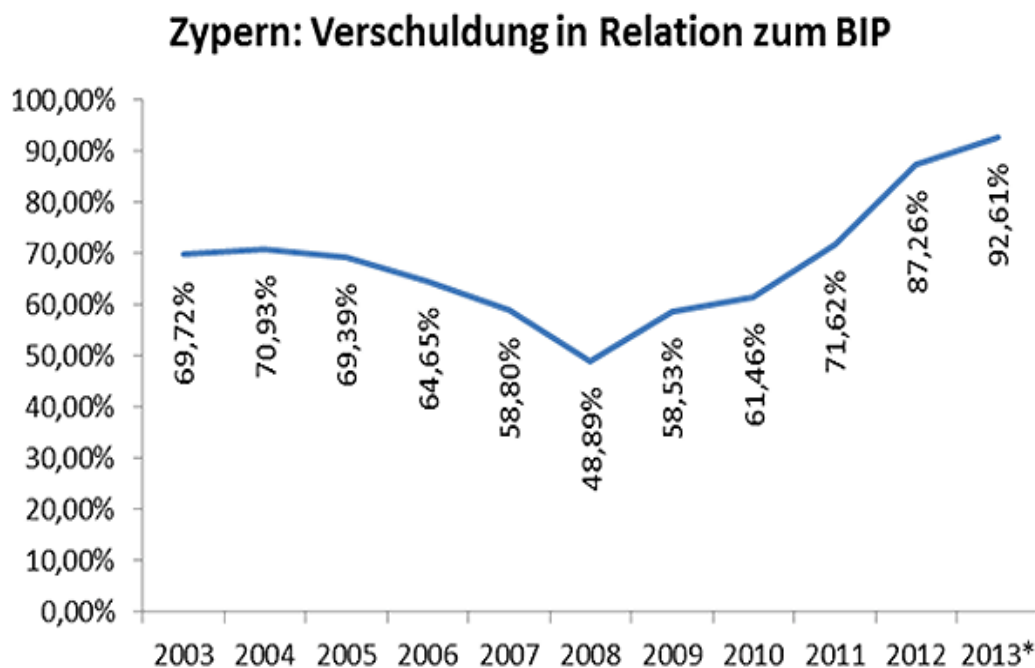


Abbildung 13: Zyperns Verschuldung in Relation zum BIP

Quelle: [http://www.bka.gv.at/site/cob\\_51301/currentpage\\_0/6827/default.aspx?wai=true](http://www.bka.gv.at/site/cob_51301/currentpage_0/6827/default.aspx?wai=true)

## 6 Drohende Staatsbankrotte in der Eurozone

Das Damoklesschwert schwebt auch weiterhin über manchen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Spanien, Großbritannien, Slowenien, Belgien, aber auch Frankreich kämpfen seit Jahren um ihr Überleben.

### 6.1 Spanien

Der Bankensektor in Spanien leidet durch den Ausfall von Krediten in den Bereichen Immobilien und Bauwirtschaft. Die hohe Arbeitslosigkeit und die stagnierende Wirtschaftslage bremsen das Wachstum des Landes. Das Licht am Ende des Tunnels ist für Spanien nicht sichtbar. Spaniens Unternehmen kommen nur schwer in Schwung, und durch die hohe Arbeitslosigkeit sind die Absatzzahlen in den produzierenden Sektoren der Wirtschaft eingebrochen. Der Konsument in Spanien kann sich das normale Leben nicht mehr leisten. Mieten von Wohnungen und Häusern sind stark angestiegen. Manche Teile der Bevölkerung versuchten, innerhalb der Europäischen Union einen gesicherten Arbeitsplatz zu finden. Andere wanderten vom urbanen Bereich wieder auf das ländliche Gebiet Spaniens, da in diesen Gebieten, bedingt durch infrastrukturelle Probleme, das Leben noch leistbarer ist. Durch die Krise fehlen in Spanien die Einnahmen aus der eigenen Volkswirtschaft.

Das Bankenproblem in Spanien schlug sich im Mai 2011 auf die Bevölkerung des Staates nieder. Es kam zu öffentlichen Kundgebungen im Großteil der Städte von Spanien. Die Arbeitslosenrate unter den jugendlichen Spaniern befindet sich seit Jahren auf einem beängstigenden Level. Fast jeder zweite Jugendliche geht keiner geregelten Arbeit nach. Durch die Krise zerbrach am Immobilien- und Bausektor ein Glashaus aus faulen Krediten. Viele Kredite, die von der Bevölkerung aufgenommen wurden, um ihr Eigenheim finanzieren zu können, konnten nicht mehr bedient werden. Familien verloren schlagartig ihre Häuser und Wohnungen. Zudem unterstützte die Regierung Spaniens mit Milliarden die heimischen Banken

und beschränkte gleichzeitig die Sozialleistungen des Landes an die Bevölkerung.<sup>30</sup>

Das Grundproblem der finanziellen Misere in Spanien lag darin, dass der Staat eine sehr hohe Verschuldung im Ausland in Kauf nahm. Das aufgenommene Kapital wurde in Betriebe, aber nicht in öffentliche Haushalte investiert. Dies bedeutet, dass die aufgenommenen Darlehen nicht in die notwendigen Verbesserungen des Primärsektors investiert wurden. Immobiliensektor und Bauindustrie ließen sich vom Staat stützen. Ein förmlicher Kaufrausch nach Immobilien wurde dadurch ausgelöst. Die Baubranche in Spanien baute Unmengen an Wohnungen, Häusern und andere Immobilien. Durch den Zusammenbruch mussten diese Kapazitäten wieder abgerissen werden.<sup>31</sup>

Durch diesen Kaufboom von Immobilien in Spanien und die damit verbundenen Preissteigerungen sowie dem Anstieg der Kosten wurde die spanische Industrie im internationalen Wettbewerb stark abgebremst.

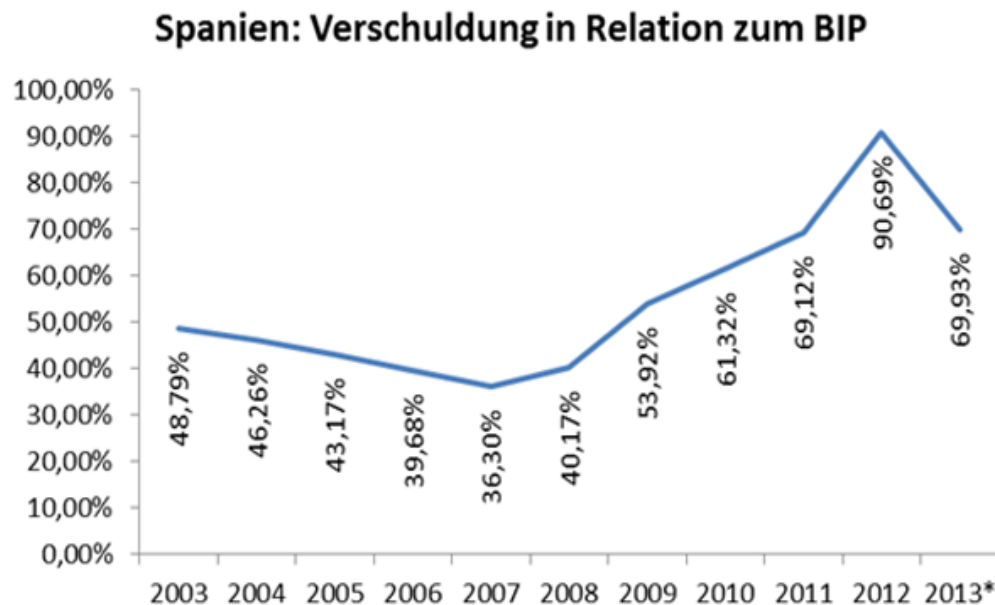


Abbildung 14: Spaniens Verschuldung in Relation zum BIP

Quelle: [http://www.bka.gv.at/site/cob\\_51301/currentpage\\_0/6827/default.aspx?wai=true](http://www.bka.gv.at/site/cob_51301/currentpage_0/6827/default.aspx?wai=true)

<sup>30</sup> (vgl. Karrass A. / Stierle S., 2011, S. 79 f.)

<sup>31</sup> (vgl. Sarrazin T., 2012, S.337.)

## 6.2 Ungarn

Seit 2010 wurde auch Ungarn finanziell instabil. Ungarn, das Land, das nicht den Euro als Staatswährung einführt, befindet sich in einer finanziellen Misere. Die Verschuldung des Landes und der Absturz der Währung veranlasste selbst ungarische Bürger und Unternehmer dazu ihr Geld ins Ausland zu transferieren. Die Europäische Union hatte kein Interesse daran, Ungarn fallen zu lassen. Österreichische Banken wären von einer Pleite schwer betroffen und müssten hohe Kreditausfälle in Kauf nehmen.

Die TAZ.de schrieb in einem Bericht aus 2012 über die Situation von Ungarn folgendes: „Ungarns Haushalt gerät immer mehr in Schieflage. Am vergangenen Montag musste die Regierung zugeben, dass das Budgetdefizit 2011 10 Prozent höher sei als angekündigt. Laut Wirtschaftsministerium lag der Fehlbetrag im vergangenen Jahr bei 1,73 Billionen Forint (rund 5,5 Milliarden Euro). Allein im Dezember wurden 486,5 Milliarden Forint zu viel ausgegeben. Ökonomen sehen das als Nachweis für die Inkompetenz des Wirtschaftsteams um Premier Viktor Orbán. Die drei großen Ratingagenturen haben Ungarns Staatsanleihen inzwischen auf Ramschstatus herabgestuft. Unter 7 Prozent Zinsen sind diese Papiere nicht an Investoren zu bringen. Am Montag wurden Ungarn bei der Emission von sechswöchigen Schatzscheinen durchschnittlich 7,77 Prozent Rendite abverlangt.“<sup>32</sup>

Durch den Wertverlust der eigenen Währung wird Ungarn als Staat für Gewerbetreibende kaum mehr in Betracht gezogen. Ungarns Premier drohte bereits ausländischen Unternehmen Sondersteuern an und geriet mit österreichischen Landwirten, welche Ackerflächen erworben haben, in Streit. Der Premierminister drohte mit Zwangsenteignung der erworbenen Grundstücksflächen und forderte die Rückgabe der Ackerflächen von den betroffenen Landwirten. Österreichs Außenministerium ist seit diesem Zeitpunkt in Verhandlung mit den zuständigen Behörden.

---

<sup>32</sup> (taz.de, 2012)

## Ungarns Staatsschulden in Prozent des BIP

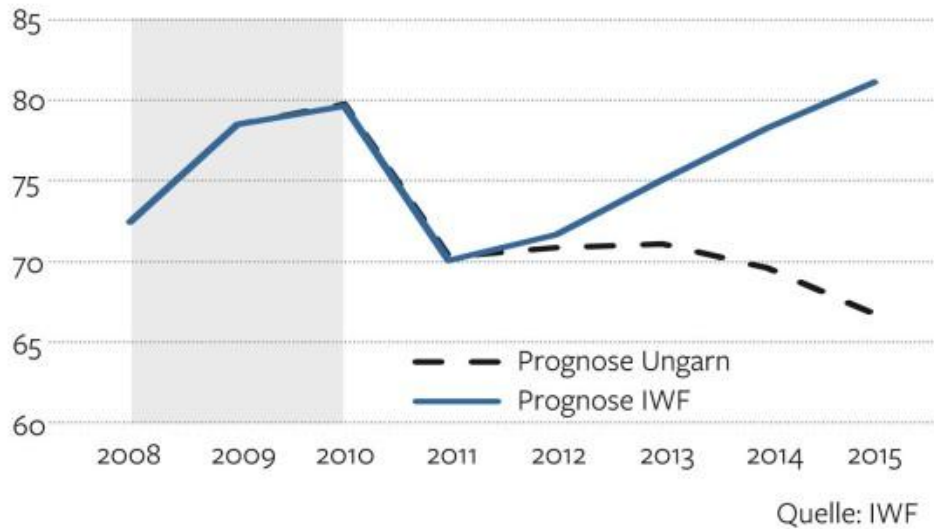


Abbildung 15: Ungarns Staatsschulden In Prozent des BIP

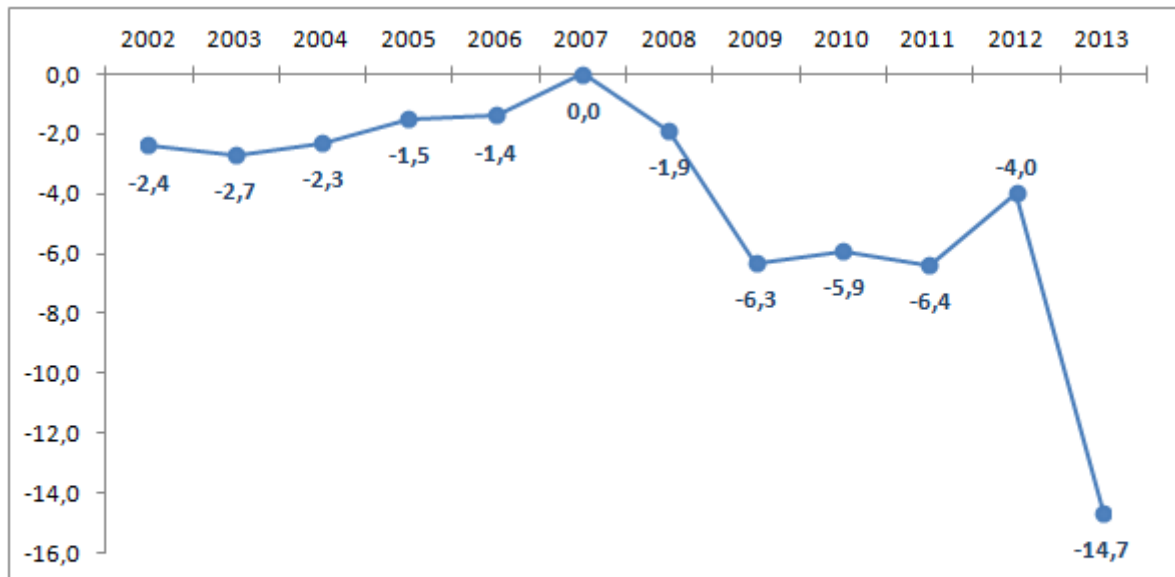
Quelle: <http://www.welt.de/politik/ausland/article13169936/Ungarn-kuerzt-Arbeitslosenhilfe-von-270-auf-90-Tage.html>

### 6.3 Slowenien

Im folgenden Kapitel wird das Land Slowenien näher betrachtet. Slowenien geriet als einer der jüngsten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Schieflage. Die Banken des Staates Slowenien wurden in den letzten Jahren immer öfter mit Korruption in Verbindung gebracht. Das Geld von Finanzierungen versickerte in dunklen Kanälen, Politik und Wirtschaft kamen unter Druck.

Der Journalist von der *Wirtschaftswoche* Matthias Kamp, schreibt über den Staat Slowenien: „Jahrelang wurden im Euro-Land die Banken ausgeplündert. Jetzt steht das Land am Abgrund. Die Frage ist nicht mehr, ob ein Antrag auf Hilfskredite vom Euro-Rettungsschirm gestellt wird, sondern wann. Drasko Veselinovic wollte nie etwas anderes, als sein Land wirtschaftlich voranbringen. Ende der Neunzigerjahre gehörte der Ökonom aus Slowenien zu den Mitgründern der Börse in der Hauptstadt Ljubljana. Vor vier Jahren stand er an der Spitze der größten Staatsbank des Landes, der Nova Ljubljanska Banka (NLB). Doch schon nach wenigen Monaten warf er das Handtuch: Es gab Streit mit den anderen Managern des Instituts um die Kriterien bei der Kreditvergabe. *Ich wollte einen modernen Kapitalmarkt in Slowenien*, sagt Veselinovic, *doch es war nichts zu machen*. Heute lehrt

der Slowene an verschiedenen Hochschulen des Landes. *Slowenien war eine Erfolgsstory, sagt der Ökonom, doch wir haben unsere Zeit verschwendet und wichtige Reformen nicht vorgenommen. Wenn nicht schnell etwas geschehe, glaubt er, werde Slowenien die Troika aus Internationalem Währungsfonds, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank um Hilfe bitten müssen.*<sup>33</sup>



**Abbildung 3: Gesamtstaatliches Defizit bzw. gesamtsstaatlicher Überschuss Sloweniens nach Maastricht-Vertrag im Zeitablauf (in Mrd. Euro)**

Quelle: Eigene Darstellung (Daten entnommen aus: Eurostat, Defizit/Überschuss, Schuldenstand des Staates (Code: tec00127), abgerufen am 23.4.2014)

**Abbildung 16: Gesamtstaatliches Defizit Sloweniens**

Quelle: <http://www.haushaltssteuerung.de/staatsverschuldung-slowenien.html>

## 6.4 Belgien

Das Land Belgien hatte von 2010 an bis Ende 2011 keine legitimierte Regierung. Belgien war für notwendige Reformen nicht politisch reformfähig. Um gegen den Wirtschaftsabschwung handeln zu können, hätte Belgien dringende Sparprogramme benötigt. Auch die Banken Belgiens waren in die Wirtschafts- beziehungsweise Finanzkrise involviert.

<sup>33</sup> (Wirtschaftswoche, 2013)

Die Journalistin, Yasmin El – Sharif, schreibt in ihrem Bericht über Belgiens drohende Pleite folgendes: „Doch nun häufen sich wieder die Hiobsbotschaften in dem Elf-Millionen-Einwohner-Staat. Das Land steht unmittelbar vor einer Rezession - und dürfte das EU-Defizitziel von drei Prozent vermutlich verfehlen. Wenn es kein Wachstum gebe, werde das Haushaltsdefizit leicht über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen, sagte der belgische Notenbankchef Luc Coene der Zeitung *L'Echo* am Wochenende. Das wäre für sich genommen noch kein Problem, läge die belgische Staatsverschuldung nicht bereits bei mehr als 100 Prozent der Wirtschaftsleistung - und drückten den Staat nicht neue Belastungen im Bankensektor.“<sup>34</sup>

Belgien bekommt auch durch die Sparprogramme die Rezession nicht in den Griff. Wie es mit diesem Land, in dem die Europäische Union ihren Hauptsitz hat, weitergeht, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

---

<sup>34</sup> (Der Spiegel, 2012)

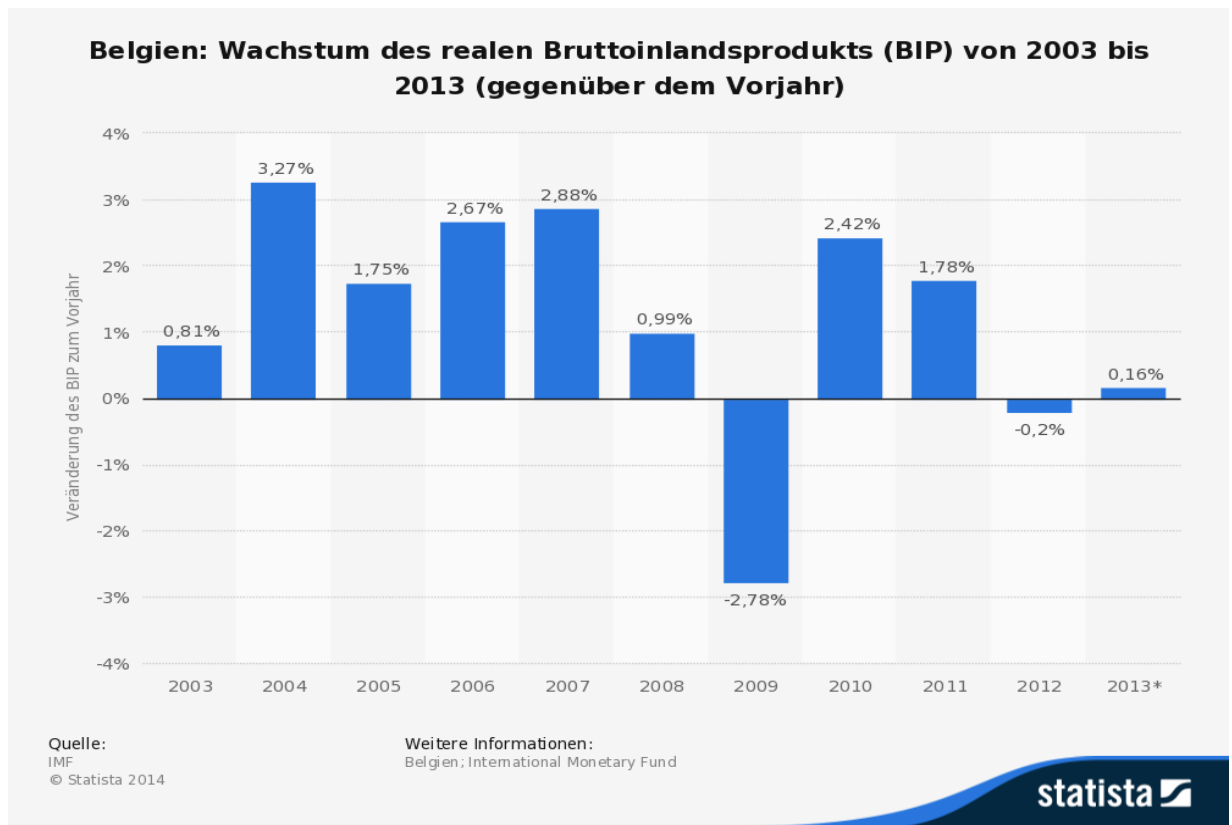


Abbildung 17: Wachstum des Realen BIP von Belgien

Quelle: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14531/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-belgien/>

## 6.5 Italien

Als drittgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union hat Italien ein Bruttoinlandsprodukt in der Höhe von 1,6 Billionen Euro, übertrifft jedoch mit seiner Staatsschuld im Ausmaß von 1,9 Billionen Euro die Volkswirtschaft von Deutschland, welche um 60 Prozent größer ist, bei weitem. Fast ein Viertel der Staatsschulden im Europäischen Raum befinden sich in Italien.

Anne Karrass und Stefan Stierle schreiben in ihrem Buch *EuropaKrise* über Italien folgendes: „Italien und Spanien waren schon seit längerem immer wieder im Visier der SpekulantInnen gewesen. Durch den Beschluss vom 21. Juli 2011, im Falle Griechenlands auch die privaten Gläubiger zu belangen, wurde die Spekulation deutlich angeheizt, woran auch die Verabschiedung von Sparpaketen nichts änderte. Da der Euro-Rettungsschirm zu klein war, um Spanien und Italien zu retten,



sprang die Europäische Zentralbank ein und kaufte in großem Umfang Staatsanleihen der beiden Länder auf, um die Zinsen so weit zu senken, dass diese sich weiter über den Kapitalmarkt finanzieren können. Zwar sanken die Zinsen leicht, Ruhe kehrte auf die Weise jedoch nicht ein.“<sup>35</sup>

### Italien: Jährliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2002 bis 2012

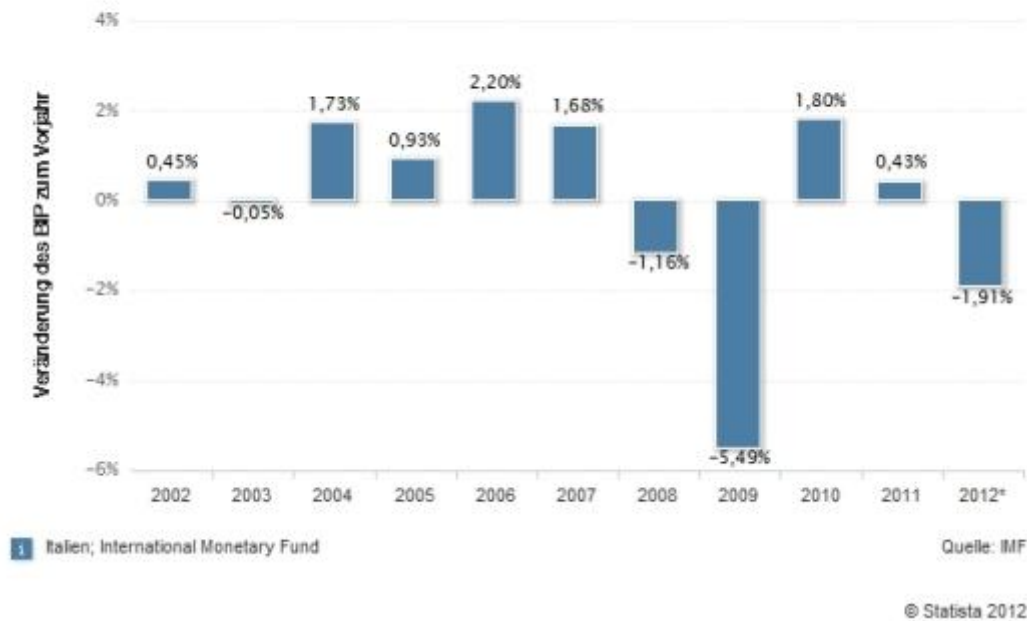


Abbildung 18: Wachstum des Realen BIP von Italien

Quelle: <http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/BIP-Zuwachs-Italien-Grafik-Wirtschaftswachstum-Italien-von-2002-bis-2012-1927767>

## 6.6 Großbritannien

Großbritannien wurde ebenfalls von der Krise schwer getroffen, welche ebenfalls von überzogenen Grundstückspreisen und Wohnungspreisen im Immobiliensektor ausging. Durch das Bersten der Immobilienblase folgte eine Schreckensmeldung der anderen. Es wurde spekuliert, dass der britische Handelplatz komplett in sich zusammenfallen werde. Im Herbst 2008 fielen die Preise im Immobiliensektor um ca. 2,5 Prozent. Der Abwärtstrend hielt an, gut für Kaufinteressenten, schlecht für die Immobilienbesitzer. Der Immobilienbesitz und dessen Erwerb diente schon seit längerem den Briten zur Erwirtschaftung bzw. Absicherung deren Altersvorsorge.

<sup>35</sup> (Karrass A./Stierle S., 2011, S.21.)

Jüngste Erkenntnisse zeigen, dass der Immobiliensektor in Großbritannien um 30 Prozent bis 50 Prozent zu hoch eingestuft ist. Zukunftsprognosen erwarten einen Preisverfall auf britische Immobilien.<sup>36</sup>

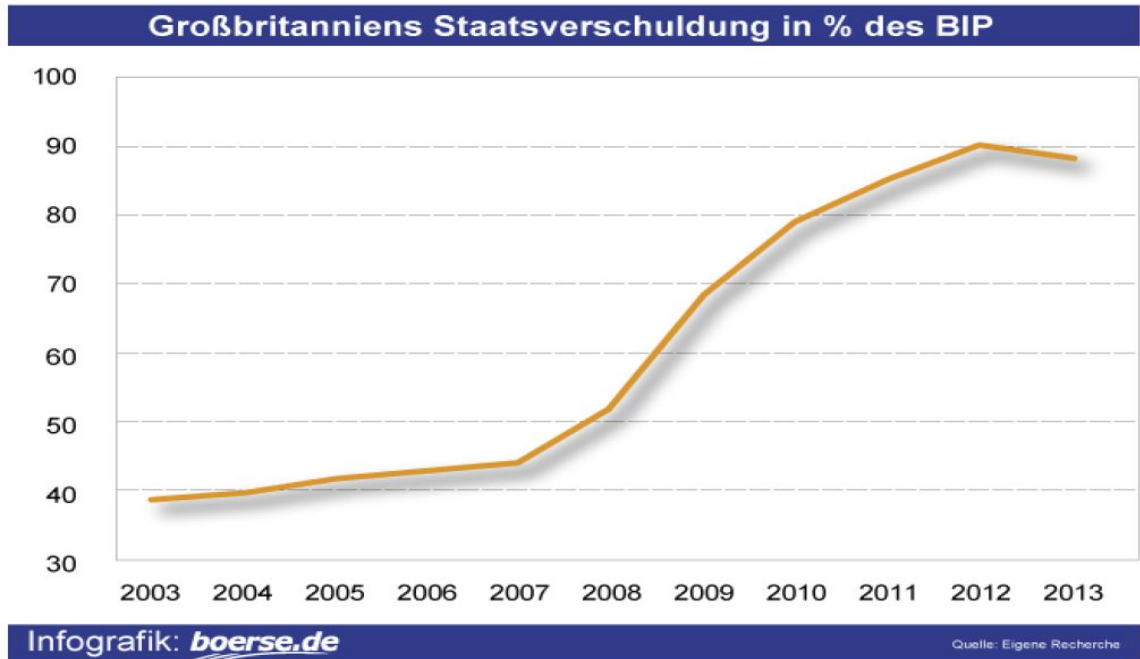


Abbildung 19: Großbritanniens Staatsverschuldung in % des BIP

Quelle: <http://aktienwissen.boersenverlag.de/vermoegenschutz-durch-sachwerte-teil-ii/>

## 6.7 Frankreich

Frankreich befindet sich in einem stetigen Abwärtstrend, der sich auch im Jahr 2012, nachdem die Zahlen des Außenhandelsdefizit veröffentlicht wurden, weiter fortsetzt.

Der Autor Thilo Sarrazin beschreibt in seinem Buch *Europa braucht den Euro nicht* den ständigen Abwärtstrend Frankreichs mit den Worten: „Für diesen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit sind strukturelle Ursachen verantwortlich.“<sup>37</sup>

Die Zeitschrift *Format* beschreibt die Situation der Grande Nation folgendermaßen: „Frankreich taumelt langsam ins Epizentrum der Krise. Noch sind Medien und

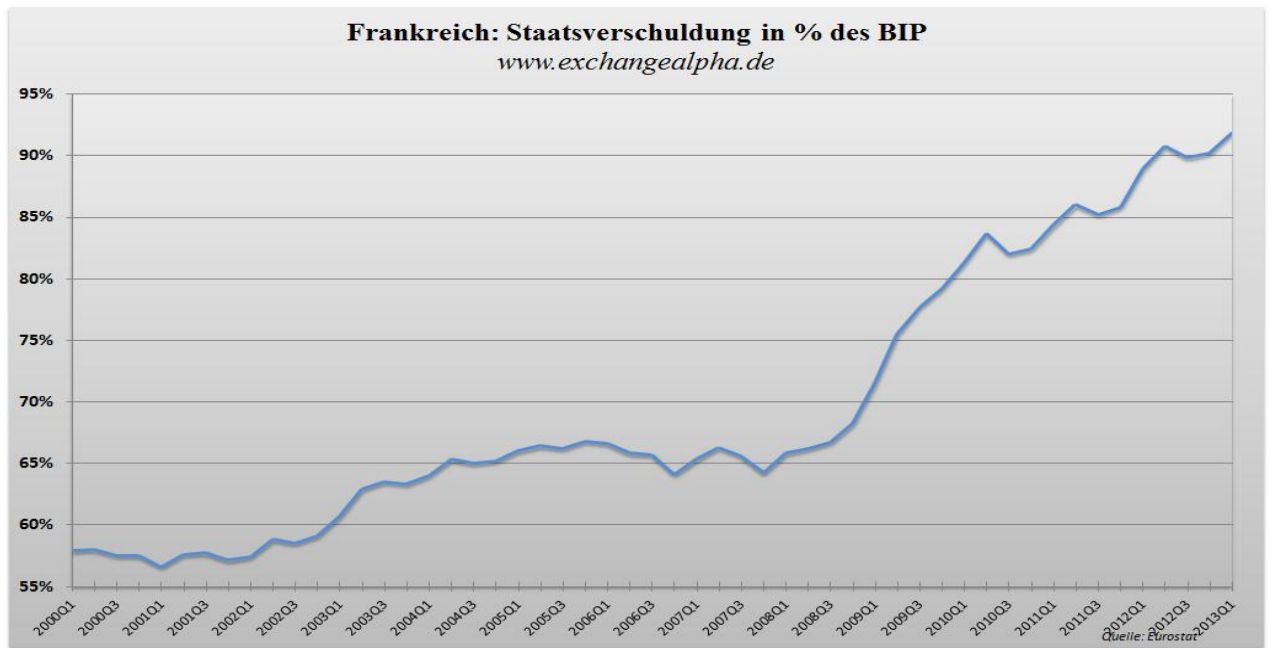
<sup>36</sup> (vgl. Bischoff J., 2009, S.36.)

<sup>37</sup> ( Sarrazin T., 2012, S.331.)

Märkte aufgrund der Akutfälle Zypern, Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und Irland zwar einigermaßen abgelenkt. Aber der Zustand der *Grande Nation* dürfte noch heuer zum dominierenden Thema der Euro-Schuldenkrise werden und damit wohl zum bislang eskalierendsten Kapitel der Gemeinschaftswährung. *Es gibt einen Staat, aber es ist ein Staat, der total bankrott ist*, erklärte vor kurzem ausgerechnet der französische Arbeitsminister Michel Sapin – und meinte damit sein Heimatland. Frankreich hat seine Neuverschuldung im vergangenen Jahr wegen des schwachen Wachstums und der Finanzspritze an den taumelnden Finanzkonzern Dexia weniger deutlich abgebaut als geplant. Das Haushaltsdefizit lag bei 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach 5,3 Prozent im Vorjahr. Der Schuldenstand Frankreichs im Verhältnis zum BIP hat sich 2012 auf 90,2 Prozent erhöht. Damit steuert die *Grande Nation* italienischen Verschuldungsdimensionen entgegen, und Präsident Francois Hollande ist meilenweit von seinen Zielen und Versprechungen für die Konsolidierung Frankreichs entfernt. Denn Frankreich hat längst eingeräumt, auch im laufenden Jahr seine Haushaltsziele nicht einhalten zu können. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone sollte eigentlich die EU-Grenze einer maximalen Verschuldung von drei Prozent des BIP wieder einhalten. Präsident Hollande rechnet für heuer aber mit einem Defizit von 3,5 Prozent. Die bösen Überraschungen für Frankreich könnten aber noch übler werden. Hoffnung auf eine wirtschaftliche und budgetäre Wende ist meilenweit nicht in Sicht.<sup>38</sup>

---

<sup>38</sup> (Format, 2013)



**Abbildung 20: Frankreichs Staatsverschuldung in % des BIP**

Quelle: <http://www.exchangealpha.de/neue-daten-zur-staatsverschuldung-das-grauen-nimmt-unbemerkt-seinen-lauf/>

## 7 Wirtschaftliche Aspekte in der Krise

In diesem Kapitel wird auf die Aussichten von Veranlagungsmöglichkeiten näher eingegangen. Perspektiven und Zukunftsaussichten sind in einer Wirtschafts- und Finanzkrise nur schwer erkennbar. Viele Bürger beschäftigten sich in den letzten Jahren, seit Ausbruch der Krise, mit den Möglichkeiten der Sicherung ihres Vermögens. Durch die Begrenzung des Haushaltsbudgets und durch die steigenden Preise und die damit verbundene Mehrbelastung der Finanzen ist guter Rat teuer geworden. Große Lebensversicherer, sowie Finanzinstitute, aber auch der Staat selbst rührten die Werbetrommel für Vermögenssicherung. Der Zugang zu Gold und Silber in deren realen Form, zum Beispiel Goldmünzen, war nur noch auf Bestellung bei den Banken möglich. Die Folge daraus war ein rapider Anstieg des Gold- und Silberpreises. Das Vertrauen der Bevölkerung in die großen Gesellschaften wie Lebensversicherer wurde durch die Krise schwer erschüttert. Die Lebensversicherungsgesellschaften hatten teilweise ihre Anlagestrategien in Übersee. Damit brachen einige Veranlagungsmodelle der Versicherungsgesellschaften schwer ein. Verluste bei den Anlegern waren unvermeidlich. Auch die Banken konnten in den letzten Jahren den Konsument nur schwer ermutigen, Vermögen zu veranlagen.

In schwierigen Zeiten ist es klug, sich der herrschenden Situation anzupassen. Im Zentrum befindet sich die Strategie der finanziellen Absicherung.

Walter Wittmann, der Autor des Buches Super Krise, schreibt in seinem Buch zu diesem Thema folgendes: „Der allererste Grundsatz ist: Man sollte keine Schulden haben. Für Eigentümer einer selbst genutzten Immobilie gilt: Sie sollten die Hypothekenschulden auf null abtragen. Man riskiert sonst rasch steigende Hypothekenzinsen, die zu einer finanziellen Überforderung führen. Sieht man sich gezwungen, eine Immobilie zu verkaufen, so liegen die Preise im Keller. Verkäufe sind gegebenenfalls nicht einmal zu Ausverkaufspreisen möglich. Man riskiert hier, dass der Preis nicht die Hypothek deckt und man zum Schuldner wird, ohne noch ein Haus zu besitzen. Anleger suchen Sicherheit, sie fliehen mit ihrem Geld in Immobilien,

konkreter in Mietshäuser. Davon versprechen sie sich Inflationsschutz laufende Einnahmen und Werterhaltung durch Krisen hindurch. Das ist eine verhängnisvolle Illusion. Bei Inflationen ziehen die Zinsen an, die anderen laufenden Kosten ebenfalls. Mieterhöhungen lassen sich kaum durchsetzen, und Mieter fallen womöglich aus, weil sie nicht bezahlen können. Der starke Mieterschutz sorgt dafür, dass man sich nicht von Mietern trennen kann. Wenn die Immobilienpreise einbrechen, sitzt man in der Falle und muss bis zum bitteren Ende ausharren. Leider muss man darüber hinaus mit Sondersteuern zulasten von Immobilien rechnen. Nach einer allfälligen Währungsreform kommt es dann noch zu einem sogenannten Lastenausgleich.“<sup>39</sup>

## 7.1 Geldwerte

Geldwerte sind nicht erfassbare Werte, Geldwerte werden durch bedrucktes Papier, wie zum Beispiel Geldscheine, oder virtuell, wie der Kontostand, dargestellt. Geldwerte im eigentlichen Sinn, sind einfache Schuldverschreibungen oder Versprechungen. Ist durch einen Krise oder Staatsbankrott der Geldwert nichts mehr wert, hat das bedruckte Papier keinen Gegenwert mehr. Mit Geldwerten werden zum Beispiel Lebensversicherungen, Sparbücher oder Staatsanleihen in Verbindung gebracht. Im Gegensatz zu den Sachwerten, welche ihren Gegenwert fast immer behalten, verlieren Geldwerte den gesamten Wert.

## 7.2 Sachwerte

Seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise stiegen die Immobilienpreise in Österreich im Durchschnitt um 10 Prozent pro Jahr. Auslöser dafür war die steigende Nachfrage nach Wohnungseigentum im städtischen Bereich. Der Großteil der Anleger flüchte förmlich in diese klassische Anlageform, welche den Preis dadurch dementsprechend in die Höhe steigen ließ.

---

<sup>39</sup> (Wittmann W., 2012, S. 201 f.)

Das Fachmagazin Österreichische Immobilien Zeitung beschreibt den Grund dieser Nachfrage folgendermaßen: „Der Grund: Die Nachfrage nach städtischen Wohneigentum wird in Österreich immer größer. Immer mehr Anleger sehen im Zuge der Finanzkrise Immobilien als sichere Anlageform – eine Entwicklung, die sich auch in der Bundeshauptstadt auf die Preise auswirkt. So sind die Kaufpreise in Wien um durchschnittlich zwölf Prozent auf 4.241 Euro pro Quadratmeter gestiegen. Den höchsten Anstieg der Kaufpreise verzeichnet der 22. Bezirk mit einem Plus von 36 Prozent. Der Quadratmeter kostet dort aktuell im Durchschnitt 4.728 Euro. Ursache dafür ist vor allem die hohe Bautätigkeit. Bevorzugte Wohnlage ist die Gegend rund um die Alte Donau, wo die Lebensqualität aufgrund zahlreicher Freizeitangebote, einer guten Verkehrsinfrastruktur sowie vielen Einkaufsmöglichkeiten besonders hoch ist.“<sup>40</sup>

Typische Sachwerte sind zum Beispiel Immobilien, Gold und Silber, Holz, Unternehmensbeteiligungen, Aktien. Diese Werte sind auch nur bedingt von der Inflation betroffen. Die Kurse der Goldstandards sind in den vergangenen Jahren auf einem Rekordhoch. Ein typisches Verhalten im Falle einer Krise: Banken, Versicherungen, aber auch Anleger flüchten in schlechteren Zeiten in Sachwerte, um ihr Vermögen zu sichern.

---

<sup>40</sup> (Österreichische Immobilien Zeitschrift, Ausgabe 12 2013, S.10.)

## 8 Krisenmodule der Wirtschaft

In diesem Kapitel sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie der Otto Normalverbraucher sein Vermögen in Krisensituationen schützen kann. Auch möchte ich auf Risiken hinweisen, welche beim Erwerb solcher Veranlagungsmethoden bestehen. Klassische Modelle, wie der Goldkauf oder überhaupt das Investment Edelmetall, bestehen schon solange der Mensch in den geschichtlichen Aufzeichnungen erwähnt wird. Anders als früher, wo der Besitz von Gold und Silber nur einer gewissen Gesellschaftsschicht vorbehalten war, besteht heute die Möglichkeit für alle, Gold oder Silber zu erwerben. Heute werden unterschiedliche Varianten als einst angeboten. Ich muss heute nicht unbedingt einen Barren Gold oder Silber erwerben, es reicht, in ein dementsprechendes Investment zu investieren. Auch ist der Erwerb einer Immobilie, sei es eine Wohnung als Anlageobjekt oder ein Haus, welches zur Eigennutzung dient, dem kleinen Mann nicht vorbehalten. Jedoch hat sich dieser Wirtschaftssektor aufgrund der hohen Nachfrage sehr stark nach oben entwickelt, so dass sich die Frage stellt, ob der Gegenwert dem tatsächlichen Wert entspricht. Auch hier werden Fonds mit eigenem Immobilieninvestment angeboten. Fremdwährungen, Anleihen oder Rohstoffe gehören ebenfalls zu den attraktiven Veranlagungsmethoden während und nach der Krise.

Im Buch *Superkrise* äußert sich der Autor Walter Wittmann zu diesem Thema folgendermaßen: „Unverzichtbar ist für Privatpersonen, die sich wappnen möchten, eine mehrjährige Finanzplanung. Das Ziel sollte sein, stets über ausreichende Liquidität zu verfügen. Diese Mittel bleiben sicherheitshalber auf einem Spar- oder Girokonto, selbst wenn es dort keine Zinsen gibt. Diese Geldmittel dürfen nicht angelegt werden, da sie in diesem Fall den Risiken der Finanzmärkte ausgeliefert wären. Denkbar ist allenfalls eine Festgeldanlage mit (eher) kurzen Laufzeiten. Wer über eine darüber hinausgehende Liquidität verfügt, kann zunächst einmal bis zu 20 Prozent des Vermögens in physisches Gold investieren. Es ist aber entscheidend, darüber jederzeit selbst verfügen zu können. Das ist wiederum nur



möglich, wenn man sich das Gold liefern lässt und im (eigenen) Banksafe aufbewahrt.“<sup>41</sup>

## 8.1 Aktien

Bei Aktienunternehmen, welche weltweit bzw. international tätig sind, und in unterschiedlichen Ländern bereits in den vergangenen Jahren wirtschaftliche Einbrüche in den einzelnen Regionen ihrer Tätigkeit durchgestanden haben, wird das Risiko durch deren globale Streuung eingedämmt. Durch den Kauf von Aktien besteht die Möglichkeit, größere Kapitalzuwächse zu erzielen. Diese Möglichkeit wird beim Sparbuch, aber auch im Versicherungsbereich nicht geboten. Große Aktiengesellschaften, wie BMW, Krupp, aber auch andere Konzerne trotzten großen Krisen.<sup>42</sup>

Michael Grandt meint zum Kauf von Aktien folgendes: „Von der vergangenen Währungsreform 1948 haben wir jedoch wichtige Erkenntnisse, wie sich eine neue Währungsumstellung auf die Aktien auswirken könnte. Als die Frankfurter Börse am 14. Juli 1948, also rund vier Wochen nach der Währungsreform, den Handel wieder aufnahm, führte die allgemeine Verunsicherung zunächst zu starken Kursverlusten. Im Durchschnitt fielen die Kurse der 30 größten deutschen Aktiengesellschaften um knapp 83 Prozent. Das bedeutete: Der Sparer hatte bei der Währungsumstellung für seine ehemals 100 Reichsmark nur 6,50 D-Mark erhalten. Die 100-Reichsmark-Aktie war aber immerhin noch 17 D-Mark wert. Durchhaltevermögen zahlte sich aus. Denn nur ein Jahr nach der Währungsreform legten die 30 größten deutschen Aktiengesellschaften im Durchschnitt und inflationsbereinigt eine Rallye von 169,1 Prozent hin.“<sup>43</sup>

Wertpapiere sind für die mittlere Gesellschaftsschicht und für jene Personengruppe, welche ein größeres Vermögen hat, interessant. Der Hauptaugenmerk liegt hier bei jenen Aktien, die unter die Standardwerte fallen, also Werte des Deutschen Aktien (DAX) Index oder dem Österreichischen Aktienindex (ATX), diese

---

<sup>41</sup> (Wittmann W., 2012, S. 202.)

<sup>42</sup> (vgl. Grandt M., 2013, S. 266.)

<sup>43</sup> (Ebd., 2013, S. 268 f.)

Werte sind stets zahlungsfähig. Der Kauf von Banken- und Versicherungsindizes ist jedoch nicht ratsam. Es ist zu erwähnen, dass ein fundiertes Hintergrundwissen notwendig ist, um richtig zu investieren beziehungsweise richtig beim Einkauf und Verkauf von Aktientiteln zu handeln.<sup>44</sup>

**DAX 30 - Historischer Chart****Abbildung 21: Entwicklung des Deutschen Aktienindex**

Quelle: <http://gpress.de/2014/01/07/dax-fuer-dummies-letzte-pirouetten-vor-dem-grossen-crash/>

## 8.2 Edelmetalle

Gold und Silber war seit dem Beginn der Zeitrechnung ein begehrtes Metall. Könige und Regenten häuften Unmengen von diesen Reichtümern an. Zahlungsmittel wurden aus diesem Metall hergestellt, Gold und Silber wurden aber auch zu Schmuck verarbeitet. Die Edelmetalle waren und sind bis in die heutige Zeit in einer wirtschaftlichen Krise ein begehrtes Veranlagungsziel. Durch den immer schwierigeren Abbau der Materialien und dem stetigen Rückgang der Ressourcen wird Gold und Silber auch in Zukunft ein begehrtes Produkt bleiben.

---

<sup>44</sup> (vgl. Wittmann W., 2012, S. 203.)

Edelmetalle, wie Gold und Silber, eigneten sich immer als Werkzeug zur Absicherung des eigenen Besitzes, aber auch Staaten halten ihre Reserven in Edelmetallen. Edelmetalle sind in verschiedenen Staaten, auch in Europa, immer noch ein öffentliches Geldmittel.<sup>45</sup>

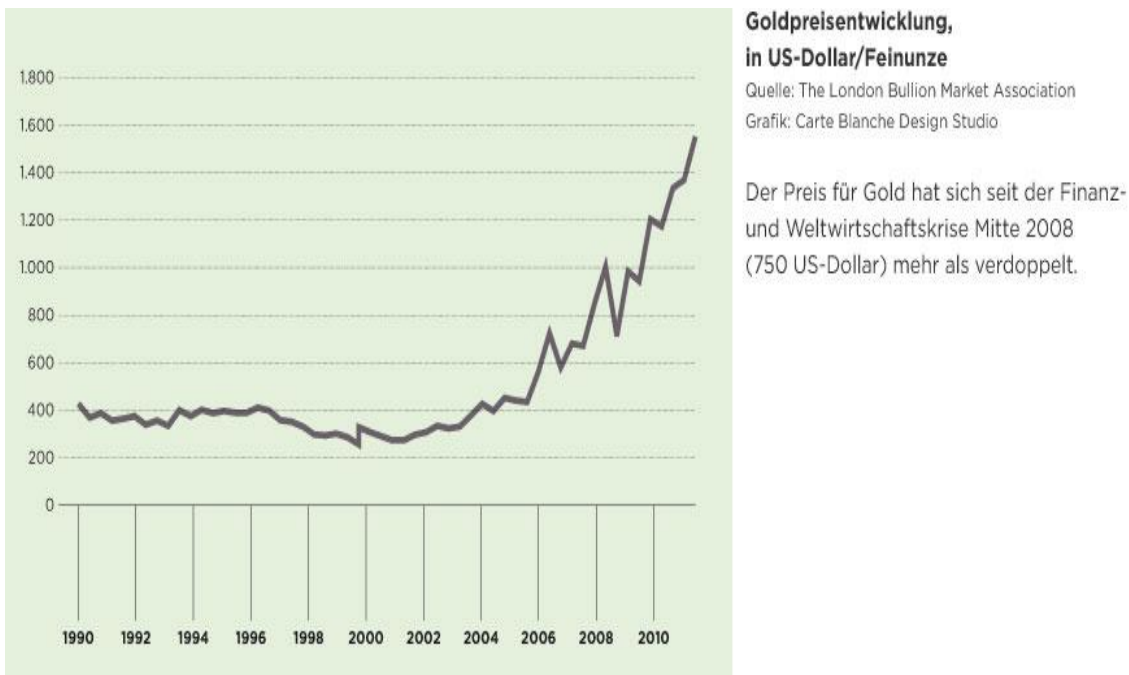


Abbildung 22: Entwicklung des Goldpreises

Quelle: [http://www.cb-ds.com/eg/2-sozial\\_und\\_oekologisch-nachhaltig\\_gewonnenes\\_gold/2-1-der\\_steigende\\_goldpreis\\_und\\_seine\\_folgen.html](http://www.cb-ds.com/eg/2-sozial_und_oekologisch-nachhaltig_gewonnenes_gold/2-1-der_steigende_goldpreis_und_seine_folgen.html)

### 8.3 Anleihen

Anleihen bewegen sich im Sektor der Geldwerte und sollten nur im äußersten Falle erworben werden. Veranlagungsstrategien im asiatischen Bereich zeigten in den Zeiten nach der Wirtschafts- und Finanzkrise einen regen Zustrom. Staatsanleihen von Ländern der Europäischen Union sind für Anleger in den Hintergrund getreten. Nicht nur im asiatischen Raum sind Anleihen lukrativ geworden, auch in der näheren Nachbarschaft wurde eingekauft. Die Nicht - Euro Länder, wie Norwegen, Schweden, aber auch das Land der Banken, die Schweiz, behielten ihre Attraktivität bei.

<sup>45</sup> (vgl. Grandt M., 2013, S. 270.)

Eine gesicherte Anlage stellen auch Staatsanleihen jener Staaten dar, deren Bonität bei AAA eingestuft ist. Hier besteht keine Gefahr von Zahlungsausfällen. Der Mittelpunkt des Investments sollte sich beim ständigen Lebensmittelpunkt befinden. Interessant sind hier die Europäische Währung und der Schweizer Franken. Trotz allem ist es wichtig, die Risiken jeder Währung abzuwägen.<sup>46</sup>

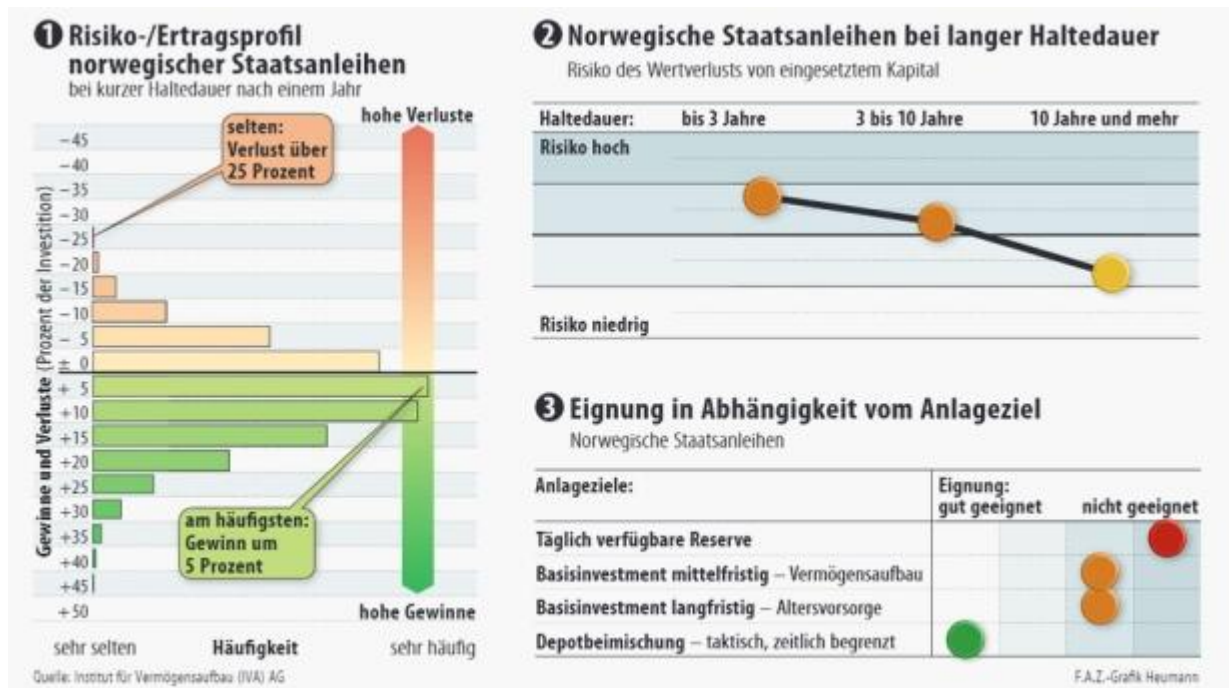


Abbildung 23: Beispiel Anhand der Norwegischen Staatsanleihe

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/finanzprodukte-fuer-jedermann/investitionsentscheidungen-fremdwaehrungsanleihen-als-rettungsanker-12777659.html>

## 8.4 Fremdwährungen

Durch die Veranlagung von Vermögen in eine fremde Währung wirkt der Investor gegen die herrschende Inflation im eigenen Lande. Fremdwährungen, wie die Norwegische Krone oder der Schweizer Franken, waren schon immer ein beliebtes Ziel für Anleger innerhalb der Europäischen Union.

<sup>46</sup> (vgl. Wittmann W., 2012, S.202 f.)

Michael Grandt, der Verfasser des Buches *Deutschland vor dem Kollaps*, schreibt über die norwegische Krone als Veranlagungsziel folgendes: „Auch die Norwegische Krone gibt es schon sehr lange. Jedenfalls 120 Jahre länger als den Euro. Die Krone wurde durch das Gesetz zum Geldwesen vom 17. April 1875 als Einheitswährung festgelegt. **In Deutschland gab bzw. gibt es seit dieser Zeit sechs Währungen!** Im Gegensatz zu Deutschland definiert in Norwegen die Regierung die Geldpolitik und den Leitzins. Anders als bei der Europäischen Zentralbank hat die Norges Bank seit 1999 aber nicht mehr in den Devisenmarkt eingegriffen. Die Krone ist mit dem Rohstoffreichtum des Landes besichert. Aus diesen Gründen bietet die Norwegische Krone für mich ein Vielfaches an Sicherheit gegenüber dem Euro.“<sup>47</sup>

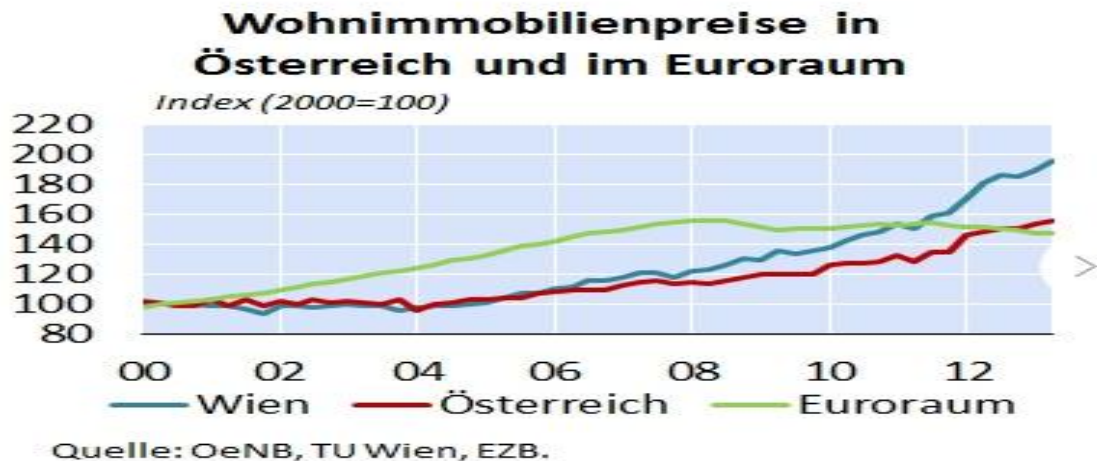
Betrachtet man den Fremdwährungsbereich näher, so zeigen die Entwicklungen, dass ausländische Währungen einen gewissen Schutz vor einer Entwertung des europäischen Zahlungsmittels bieten. Durch die defizitären Staatshaushalte der Staaten der Europäischen Union besteht weiterhin die Gefahr, dass manche Mitglieder immer stärker in die Rezession absteigen und somit eine Abwertung der Währung provozieren.

## 8.5 Immobilien

Nach dem Ausbruch der Wirtschaft- und Finanzkrise wurde in Zentraleuropa ein richtiger Kaufrausch entwickelt. Die Nachfrage nach Eigentumswohnungen, Einfamilienhäusern sowie Anlageobjekt wurde immer größer. Aufgrund des starken Bedarfs stiegen die Preise in den darauffolgenden Jahren. Allein in den Ballungszentren verdoppelten sich die Kosten für den Kauf einer Wohnung.

---

<sup>47</sup> (Grandt M., 2013, S. 291.)



Wohnimmobilienpreise in Österreich und im Euroraum  
Quelle: OeNB, TU Wien, EZB.

Abbildung 24: Entwicklung der Immobilienpreise in Österreich seit 2002

Quelle: <http://newsroom.sparkasse.at/immobilienpreise-letzen-in-krise-kraeftig/>

Immobilien wurden immer wieder in schwierigen wirtschaftlichen Situationen, aber auch zum Schutz vor zu hoher Inflation erworben. Der Erwerb sollte möglichst ohne Fremdfinanzierung erfolgen. Kann der Kauf einer Immobilie nur durch ein Darlehen finanziert werden, sollte die Möglichkeit von jederzeitiger Auszahlung mit dem Darlehensgeber vereinbart werden.<sup>48</sup>

Die Entwicklung der Immobilienpreise seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise und der damit verbundenen Kaufboom zur Absicherung vor Wirtschaftseinbrüchen zeigte in den letzten Jahren einen ständigen Aufwärtstrend. Fachzeitschriften und auch die politischen und wirtschaftlichen Vertreter der Immobiliensparte sagen eine Konsolidierung der Preise im Eigentum voraus.

Das Fachmagazin *Österreichische Immobilien Zeitung* schreibt zum herrschenden Immobilienmarkt 2014 folgendes: „Vor allem der Bereich der gebrauchten Eigentumswohnungen boomte. Da der Wohnungsneubau fast vollkommen zum Erliegen gekommen war, kommt es zu einer radikalen Verknappung. Die Immobilienwirt-

<sup>48</sup> (vgl. Grandt M., 2013, S. 286.)

schaft fordert seit Jahren die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas. *Aber es passiert nichts, so Malloth. Die Produktion muss unbedingt angekurbelt werden, dafür braucht es auch steuerliche Anreize, da sonst Kapital ins Ausland abfließt und der österreichischen Wirtschaft entzogen wird.* Allerdings gab es den größten Preisanstieg bei Eigentumswohnungen (Erstbezug) diesmal nicht in Wien, sondern in Vorarlberg. Das zweitgrößte Plus gab es mit 8,03 Prozent in der Steiermark. In Wien hat sich der Aufwärtstrend bei neuen Eigentumswohnungen leicht eingebremst. Gebrauchte Eigentumswohnungen haben ebenfalls in allen Bundesländern einen anhaltenden Aufwärtstrend verzeichnet. Die größte Steigerung gab es mit 12,8 Prozent in Wien. Die Bundeshauptstadt nahm damit neuerlich den Spitzenplatz im Bundesländervergleich ein.<sup>49</sup>

## 8.6 Rohstoffe

Rohstoffe werden durch den großen Abbau in der Welt immer geringer wie zum Beispiel Erdöl, Edelmetalle und andere in der Erde schlummernden Vorkommen. Die Ressourcen werden in den kommenden Jahren immer knapper. Die Nachfrage nach diesen Produkten wird weiterhin ansteigen. Daraus resultiert, dass auch die Preise zum Erwerb der Rohstoffe massiv steigen. Nach Bekanntwerden der Weltwirtschaftskrise sanken die Preise für einige Rohstoffe. Die darauffolgende Inflation bewirkte daraufhin jedoch wieder einen Preisanstieg. Die Erdölförderung ist eine der wichtigsten Sparten der Rohstoffindustrie. Nicht nur der Automobilsektor ist aufgrund der Motorisierung auf diesen wertvollen Rohstoff angewiesen, sondern fast alle Wirtschaftssparten sind vom Öl abhängig, wie zum Beispiel Kosmetik, Kunststoffherstellungsbetriebe oder Klebstoffe, alle benötigen Erdöl zur Produktion. Konzerne, wie OMV, BP oder andere Erdölförderer, schrieben in den vergangenen Jahren extrem hohe Gewinne. Ebenso profitieren jene Konzerne, welche im Erzabbau oder Kohleabbau tätig sind. Metalle werden weiterverarbeitet für die Bauindustrie oder Computerindustrie. Diese benötigen für deren Leiterplatten Gold und andere Metalle. Die Nachfrage ist nach wie vor sehr groß. Veranlagungen in Rohstoffe müssen längerfristig gesehen werden. Die Ölpreisentwicklung

---

<sup>49</sup> (Österreichische Immobilien Zeitschrift, Ausgabe 06 2014, S.42 f.)

sowie auch die Entwicklung des Goldpreises lässt erkennen, dass in Krisenzeiten verstärkt in diese wertvollen Ressourcen der Erde investiert wird.

## DER ÖLPREIS SEIT 1970

Preis für ein Barrel OPEC-Rohöl (= 159 Liter) im Jahresdurchschnitt in Dollar

bis 1981 Spotpreis Arabian Light,  
ab 1982 OPEC-Durchschnitt

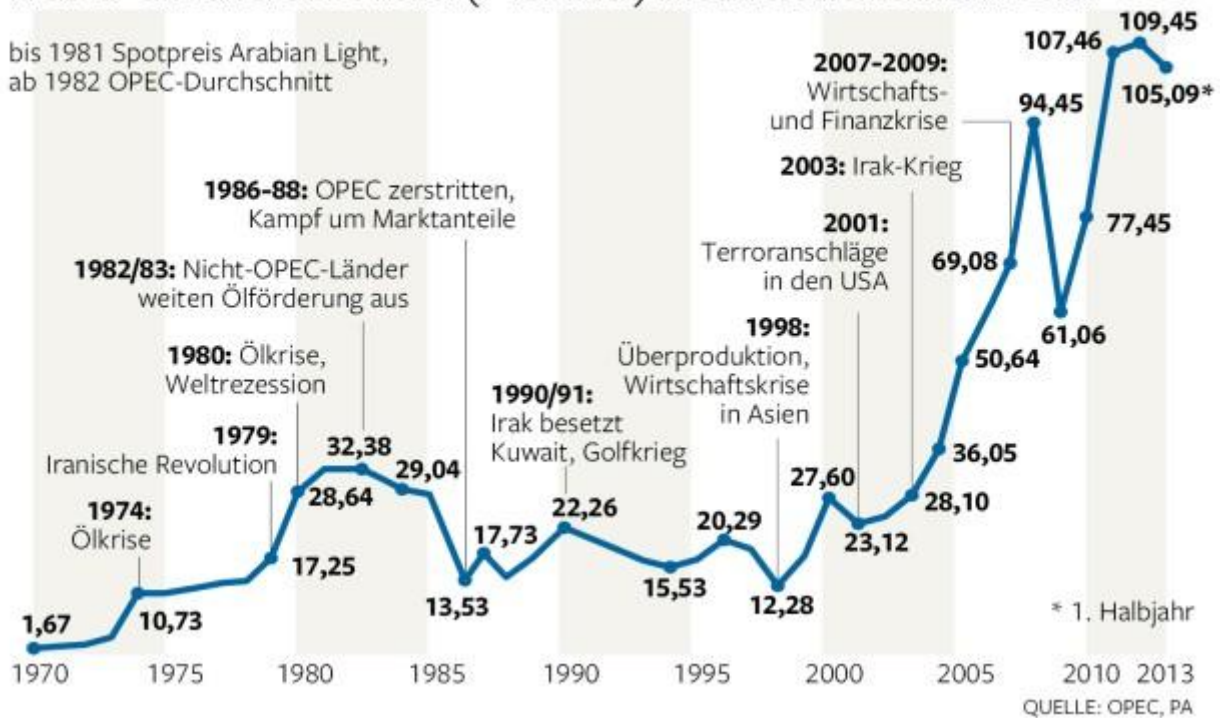


Abbildung 25: Entwicklung des Rohölpreises

Quelle: <http://www.welt.de/wissenschaft/article122502496/Ende-des-Erdoels-koennte-unabsehbare-Folgen-haben.html>



## 9 Die Auswirkung der Krise

In diesem Kapitel wird die Auswirkung der Finanzkrise auf Betriebe sowie auch auf den Privatbereich näher erörtert.

### 9.1 Auswirkung der Krise auf Betriebe

Für Wirtschaftstreibende bedeutete der Ausbruch der Finanzkrise, dass die Finanzierung durch Kredite schwieriger wurde. Klein- und Mittelbetriebe waren davon am stärksten betroffen. Die Beziehung zur sogenannten Hausbank wurde immer schlechter, nur die Zahlen des Unternehmens waren für die Finanzinstitute interessant. Durch Eigenkapitalquoten werden Betriebe in ein Risikosystem eingestuft. Das System erfolgt auf Basis von Annahmen, wie wahrscheinlich es ist, dass der zu finanzierende Betrieb insolvent, also zahlungsunfähig wird. Aufgrund dieser Annahme werden die Betriebe in ein unterschiedliches Zinsniveau eingeteilt. Die Eigenkapitalquote muss demnach von jedem Betrieb erbracht werden, um den Bedarf zum Erhalt der Firma zu finanzieren. Zusätzlich kommt dazu, dass sehr viele Unternehmen Tochterfirmen in den bankrotten Mitgliedstaaten betreiben. Der Wirtschaftsstandort Europa wird für viele international tätige Betriebe vom Finanzaufwand unattraktiver. Ein großer Prozentsatz der ansässigen Firmen zieht sogar in Betracht, aus den jeweiligen Regionen abzuwandern. Russland, China und andere Standorte aber auch das Lohnniveau liebäugelt mit den großen Konzernen. Ebenso lasten die hohen Steuern auf den Betrieben, welche in der Europäischen Union ihren Sitz haben, und einen Mitgrund für eine Abwanderung darstellen. Klein- und Mittelbetriebe haben nicht die Möglichkeit, einfach abzuwandern. Aufträge befinden sich im Rücklauf, da das Preisniveau nicht gehalten werden kann. Folge davon ist eine Kündigungswelle, welche den Arbeitsmarkt schwer belastet. Betriebe helfen sich durch Kurzarbeit oder geringfügig Beschäftigte auf dem Markt. Schwer betroffen war der Autohersteller General Motors, zu den in Deutschland Opel gehört. Die Absatzzahlen fielen enorm ab. Eine Kündigungswelle war nicht aufzuhalten. Durch fehlendes Stammkapital ist es für Betriebe in der Krise schwer, sich über Wasser zu halten. Die Risikobereitschaft der Banken hält

sich sehr in Grenzen. Ebenso kam die Sparte der Dienstleister unter Druck. Einer der wenigen Gewinner waren die Lebensmittelbranche und die Rohstoffherzeuger. Also jene Wirtschaftssektoren, welche Grundbedürfnisse abdecken. Autohersteller wie, VW und BMW, erzielten Rekordgewinne. Grund dafür waren die großen Stützungen des Staates, um den Konsumbereich anzukurbeln. Ebenso betreibt Volkswagen Produktionen in Billiglohn - Ländern, die sich auf die Zahlen niederschlagen. Schwere Einbußen mussten Versicherungs- und Anlagegesellschaften hinnehmen. Der starke Geldverlust durch die Banken ließ auch die großen Versicherungsgesellschaften bluten. Dies hatte auch zur Folge, dass das Neukundengeschäft im Bereich der Lebensversicherungen zurückging. Leichte Erfolge stellen sich bereits in diesem Jahr ein.

Das Wirtschaftsmagazin *Fonds professionell* schreibt über das Neugeschäft im Lebensversicherungsbereich für das Jahr 2014 folgendes: „Ein Blick auf die Entwicklung der verrechneten Prämien der heimischen Lebensversicherungen für das Jahr 2013 zeigt zumindest einen positiven Trend: Im Vergleich zu 2012 blieb das Ergebnis ziemlich stabil, ein weiteres Abrutschen des Geschäfts konnte offensichtlich verhindert werden. Die aktuellen Zahlen des Versicherungsverbandes (VVO) zeigen, dass das Prämienvolumen der Lebensversicherung 2013 um nur 0,3 Prozent zurückgegangen ist und sich auf rund 6,5 Milliarden Euro beläuft.“<sup>50</sup>

## 9.2 Auswirkung der Krise auf den Privatbereich

Der Konsument selbst ist durch den Staat am stärksten von der Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen worden. Dadurch, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Haftungen in Milliardenhöhe für bankrotte Staaten übernommen haben, wirkt sich dies auch auf den privaten Haushalt dementsprechend aus. Die Steuereinnahmen wurden erhöht, wobei der Mittelstand in Europa, am meisten davon betroffen wurde. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Der private Staatsbürger hat durch die Krise nur schwer die Möglichkeit, sich in einem

---

<sup>50</sup> (Fonds Professionell, 2014, S. 134.)

größeren Finanzspektrum zu bewegen. Banken vergeben nur noch durch hohe Auflagen Kredite, der Konsum rückt somit weiter in den Hintergrund. Der Erwerb von Immobilien wird durch eine höhere Eigenkapitalquote als noch vor wenigen Jahren immer schwieriger. Die Mieten in den Ballungszentren werden immer teurer, noch dazu kommt der Lebensmittelbereich, welcher der Bevölkerung hohe Preise bescherte. Die Löhne bewegen sich nur schwer nach oben, somit bleibt die Kaufkraft des Einzelnen eingeschränkt. Ebenso drückt die Arbeitslosenzahl auf die Bevölkerung, Sozialleistungen, welche ebenso den Staat belasten, müssen immer mehr Personen in Anspruch nehmen. Zukunftsperspektiven sind für eine gewisse Gesellschaftsschicht nur schwer erkennbar, da sich das Ausbildungsniveau ebenfalls im Sinkflug befindet. Betriebe verlangen einen gewissen Ausbildungsstand beziehungsweise Abschluss, um in der Wirtschaft bestehen zu können. Der Großteil der Bevölkerung ist durch Studiengebühren der Zugang zu einer höheren Ausbildung verwehrt. Auch der Akademiker ist von der Krise schwer getroffen worden, vor allem im Gesundheitsbereich erfolgen große Einsparungen. Unterbesetzung in den Krankenhäusern ist die Folge davon. Das Gesundheitssystem in Österreich ist ein wichtiger Bestandteil der Bevölkerung. Die Menschen werden immer älter, jedoch ist kaum ein Nachwuchs in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen. Der Anteil der Rentner steigt an, die nachfolgende Generation, welche für das Rentensystem so wichtig wäre, befindet sich im Rücklauf. Der Staat versucht, durch Anhebung der Pensionsantrittszeit diese Lücke zu schließen. Durch die Krise konnten die Rentenzahlungen in den letzten Jahren kaum an die Inflation angeglichen werden. Die ältere Bevölkerung steht bereits an den Anfängen zur Armut. Im Gegensatz dazu wirkt sich die Wirtschafts- und Finanzkrise für einen kleinen Prozentsatz der Bevölkerung zum Teil positiv aus. Personen, die über ein größeres Geldvermögen verfügen, konnten seit Ausbruch der Krise ihr Vermögen vergrößern. Durch Goldveranlagungen, Immobilienkäufe und das Senken der Leitzinsen konnte diese Bevölkerungsgruppe zinsbereinigt veranlagen. Zur Folge hatte dies, dass der Ottonormalverbraucher tiefer in die Tasche greifen musste, um seinen vorherigen Lebensstil zu erhalten. Höhere Kosten in allen Wirtschaftsbereichen lassen jeden Haushalt finanziell erzittern, gespart wurde bei Vorsorgen, wie zum Beispiel Pensionsvorsorgen und Lebensversicherungen, sowie bei der Freizeitge-

staltung, aber auch andere Bereiche der Wirtschaft sind von den privaten Haushalten schwer getroffen worden.

Die Autoren Wolfgang Eichhorn und Dirk Solte schreiben in ihrem Buch *Das Kartenhaus Weltfinanzsystem* zu diesem Thema folgendes: „Aus der Geschichte wissen wir: Ein wünschenswertes Maß an Wohlstand für alle kann dann erreicht werden, wenn die maximale Kreativität der Menschen freigesetzt werden kann. Dies setzt die entsprechenden Grundlagen in Form öffentlicher Güter und Dienstleistungen voraus. Der Schlüssel für die Kreativität liegt in der Bildung. Kreativität und Innovation, wenn sie zielführend sein sollen und die Komplexität des Problems mit abdecken, benötigen ein hohes Maß an Bildung. Und um diese Bildung bereitzustellen, benötigt man Schulen und gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte. Entsprechend braucht man Universitäten, Forschung und Lehre. Dies ist ein wichtiger Teil des Gemeinwesens und zudem auch der Schlüssel für den sozialen Ausgleich. Bildung ist viel wichtiger als eine Umverteilung von Wertschöpfung über staatliche Maßnahmen und die Sozialpartnerschaft. Bildung ist aufwendig. Erfahrungen, die man in der konkreten praktischen Arbeit macht, sind mindestens so wichtig wie die Erstausbildung. Wichtig ist auch ein gutes Gesundheitssystem. Die gut ausgebildeten Menschen sollten möglichst lange kreativ sein und in Gesundheit ein erfülltes Leben führen können. In einer wohlhabenden Gesellschaft resultiert daraus im Durchschnitt auch ein Älterwerden der Bevölkerung. Die Teilhabe aller, sowohl derer, die erwerbstätig sind, als auch derer, die nicht mehr erwerbstätig sind, ist abzusichern.“<sup>51</sup>

---

<sup>51</sup> (Eichhorn W. & Solte D., 2009, S. 205.)

## 10 Zusammenfassung und Ausblick

Der Fall der Banken und die damit verbundene Wirtschafts- und Finanzkrise übte einen fast vernichtenden Schlag gegen die europäischen Volkswirtschaften aus. Die Wirtschaftskrise entwickelte in Europa eine Schuldenkrise. Staaten mussten durch andere Mitglieder der Europäischen Union gestützt werden, Länder, wie Griechenland, Irland, Portugal, aber auch andere Volkswirtschaften stehen nach wie vor finanziell vor einem Kollaps. Die Wirtschaftssituationen dieser Länder kommen nur schwer in die Gänge und belasten durch den Rettungsschirm und die damit verbundenen Geldmittel andere Volkswirtschaften. Hohe Arbeitslosenzahlen können auch durch Konjunkturprogramme der Regierungen kaum gesenkt werden. Nicht nur diejenigen Länder, deren Volkswirtschaften versagen, müssen sparen, sondern auch jene Länder, die als Geldgeber dieser Staaten eingesprungen sind. Banken werden gestützt, und Milliarden an Steuergelder versickern mittlerweile in dunklen Kanälen. Korruption breitete sich in allen Ländern der Europäischen Union aus. Politiker werden von Lobbyisten umworben, und hohe Gelder werden für die Zustimmung mancher Gesetze erkaufte. Der Bürger muss für die Fehler von Kontrollorganen der Europäischen Zentralbank, aber auch jener der nationalen Zentralbanken geradestehen. Teuerungen in allen Sektoren der Wirtschaft waren die Folge aus dem Zusammenbruch mancher Banken. Der Bürger selbst kann nur wenig Verständnis für die Rettung des Bankensektors und die Bonuszahlungen der Bankmanager aufbringen. Ringt der Staatsbürger seit dieser Zeit um sein Überleben? Versuche der Politik blieben sehr eingeschränkt erfolgreich. Die Privatkonkursrate in Österreich stieg in den vergangenen Jahren stetig an. Ein Zeichen für die Überschuldung von privaten Haushalten. Mitverantwortlich ist ebenso die Arbeitslosenzahl jener die in die Überschuldung stürzten. Auch in der vergangenen europäischen Wahl im Mai 2014 war ein erschreckender Trend nach Rechts erkennbar. Die Bevölkerung gibt sich in dieser Zeit ihrer Frustration gegenüber den Handlungen der Politik hemmungslos hin. Perspektiven für die Zukunft lassen sich nur schwer erkennen. Betriebe in der Europäischen Union, vor allem im Klein- und Mittelbereich, verabschieden sich von der wirtschaftlichen Bild-

fläche, nur noch die Großkonzerne konnten ihr Überleben durch Stützungen des Staates oder Tochterunternehmungen in anderen Ländern retten. Branchen wie der Immobiliensektor konnten sich über Zuwächse freuen. Grund dafür war die ständig steigende Nachfrage nach Wohnungen, aber auch nach Einfamilienhäusern oder Anlagemodellen in diesem Wirtschaftszweig. Vorsicht ist jedoch geboten. Durch die teilweisen überhöhten Preise könnte auch hier ein Einbruch in naher Zukunft diesen Sektor ins Schwanken bringen. Der private Bürger musste sehr viel Kapital flüssig machen, um sein Eigenheim in der Zeit der steigenden Preise zu finanzieren. Die Europäische Zentralbank senkte, um die Konjunktur wieder anzukurbeln, in der jüngsten Vergangenheit, mehrmals ohne Erfolg, den Leitzinssatz. Kredite, die durch die Finanzinstitute gewährt werden, sehen nach außen sehr günstig, ja sogar billig aus. Der fahle Nachgeschmack ergibt sich erst dann, wenn die Europäische Zentralbank ihren Leitzinssatz wieder anhebt. Die Erwerber von Immobilien zahlen somit einen höheren Zinssatz auf ihren vom Bankinstitut gewährten Kredit. Hier ist abzuwarten, ob dies im leistbaren Bereich der Haushalte einzustufen sein wird, oder ob auch hier durch die hohen Immobilienpreise eine Vielzahl von Bürgern in die daraus folgende Zahlungsunfähigkeit schlittern. Dies hätte wiederum zur Folge, dass bei den finanzierenden Banken die Ratenzahlungen ausfallen und Finanzinstitute ins Schwanken kommen und diese wiederum vom Staat gestützt werden müssen. Die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union schnüren unterschiedliche Steuerprogramme, um der herrschenden Schuldenkrise entgegen zu wirken. Die Europäische Zentralbank will durch Garantien der Staatsanleihen jener Staaten, welche in Schräglage gerieten, drohende Spekulationen von einer Zahlungsunfähigkeit abwehren. Durch diese Garantien haben jene Staatsanleihen die höchste Bonität, und ein zukünftiges Einstufen durch eine Ratingagentur ist somit hinfällig. Ebenso kann durch die abgegebene Garantie schlechten Nachrichten aus dem Wirtschaftssektor standgehalten werden. Der Hebel dieser Garantie wirkt sich auch auf die Zinsen der Staatsanleihen aus, diese würden wieder ein normales Niveau erreichen. Auch für den Anleger würde diese Garantie wieder attraktiver und reizvoller erscheinen. Das System muss jedoch finanziert werden. Die Einnahmen für die notwendigen Investitionen müssen durch Steuereinnahmen finanziert werden. Dies belastet in weiterer Folge den Bürger und die Betriebe in den Ländern, die die Garantien und Haftungen

der Schuldenstaaten unterschrieben haben. In Griechenland erfolgte bereits ein Schuldenschnitt, damit sind Milliarden an Steuergeldern für die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verlorengegangen. Es wird nicht der letzte Schuldenschnitt gewesen sein. Für die Schuldenpolitik anderer Länder sind nun Bürger und Unternehmer aufgerufen, durch höhere Steuern und Abgaben das fehlerhafte System zu finanzieren. Die Europäische Union expandiert auch in der heutigen Zeit weiter. Nichtmitgliedsstaaten drängen in die Europäische Union, jedoch besteht auch in diesen Staaten das Problem der hohen Haushaltsdefizite.

Seit langem wird in der Europäischen Union darüber diskutiert, welche Strategien in der Schuldenkrise weiter verfolgt werden sollen. Eine Möglichkeit stellt die Abkehr von der gemeinsamen Währung dar. Als die Europäische Währungsunion zum Leben erweckt wurde, war die Großzahl der Wirtschaftsexperten davon überzeugt, dass diese Union zum Scheitern verurteilt ist. Wären Länder, wie Griechenland, Irland und andere Länder, nicht in der Europäischen Währungsunion, so könnten sie ihre Währung abwerten, um wieder konkurrenzfähig zu werden. Die Verpflichtung unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Unionen würde sich somit drastisch verkleinern.<sup>52</sup>

Der Autor, Aymo Brunetti, schreibt in seinem Buch *Wirtschaftskrise ohne Ende* zu dem Thema Auflösung der Währungsunion folgendes: „Dieser Lösungsansatz klingt logisch, berücksichtigt aber nicht, dass der Austritt aus einer Währungsunion unvergleichlich schwieriger ist als der Eintritt in eine solche. Und das ist besonders in Krisensituationen der Fall. Bei einem Eintritt gibt ein Land seine Währung auf, die zu einem vorher festgelegten Kurs durch die neue Gemeinschaftswährung ersetzt wird. So hat etwa Italien 1999 die Lira durch den Euro ersetzt. Möchte nun Italien wieder aus der Währungsunion austreten, müsste das Land eine neue Währung, also etwa die **neue Lira** schaffen. Dabei ergeben sich große Schwierigkeiten angesichts der Tatsache, dass ja der Euro nicht – wie bei Währungsrefor-

---

<sup>52</sup> (vgl. Brunetti A., 2011, S. 141.)

men in der Vergangenheit – abgeschafft würde, sondern als Parallelwährung zur neuen Lira weiterbestünde.“<sup>53</sup>

Die Zukunft der Länder und der europäischen Währung hängt von mehreren Faktoren ab, die Entwicklung der Wirtschaft ist eine davon, sowie die Schuldenpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Auch die politischen Aspekte zur Erhaltung der gemeinsamen Währung sind noch abzuwägen. Solange die Regierungschefs der einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht an einem Strang ziehen, die wahren Zahlen und Daten der Haushalte nicht offen legen, ist es sehr schwierig, auf eine gemeinsame Basis zu kommen. Die Bundesrepublik Deutschland versucht, seit Bekanntwerden der Wirtschafts- und Finanzkrise Lösungen zu formieren. Die Schwierigkeit liegt darin, die unterschiedlichen Volkswirtschaften unter einen Nenner zu bringen, die Vergangenheit hat gezeigt, dass einige Mitgliedsstaaten offensichtlich nicht den gemeinschaftlichen Gedanken verfolgen, sondern nur auf den Vorteil des eigenen Landes bedacht sind. Dies hat zur Folge, dass gemeinschaftliche Interessen weit auseinander klaffen und das wirtschaftliche Niveau innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union immer größer wird. Auch die rasante Erweiterungspolitik der Europäischen Union ist dieser Situation, welche derzeit in Europa herrscht, nicht förderlich. Da eine Erweiterung, durch Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten zusätzliche Belastungen hervorrufen würde. Ebenso ist Skepsis angesagt, wenn sich bestehende Mitglieder der Europäischen Union in die Währungsunion drängen. Die Idee eines Europäischen Bundesstaates, ähnlich wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, kann in Europa derzeit nicht verankert werden. Grund dafür ist der große Unterschied der Volkswirtschaften, Kulturen und der politischen gemeinschaftlichen Ansichten.

Thomas Mayer schreibt in seinem Buch *Europas unvollendete Währung* über politische Aspekte der Eurorettung folgendes: „Leider haben das Fehlen eines klar definierten Krisenmanagementverfahrens, das mangelnde Verständnis der zu-

---

<sup>53</sup> (Brunetti A., 2011, S. 141.)



grunde liegenden Ursachen der Eurokrise und eine mangelnde Führung ein wirksames Krisenmanagement und eine effektive Reparatur der instabilen Architektur der Europäischen Währungsunion erschwert. Ohne eine entschiedene Führung ist es äußerst schwierig, in einer Union mit 17 Mitgliedstaaten wichtige Entscheidungen über europäische Währungsangelegenheiten zu treffen. So blicken seit Beginn der Eurokrise Politiker, Teilnehmer an Finanzmärkten und die Öffentlichkeit mit wachsender Ungeduld auf Deutschland, das größte (und in letzter Zeit wirtschaftlich stärkste) Land der Eurozone, von dem sie die Übernahme einer Führungsrolle erwarten. Außerdem hoffen zahlreiche Entscheidungsträger auf europäischer und nationaler Ebene auf massive finanzielle Beiträge Deutschlands mit der Begründung, die Eurozone habe ganz besonders Deutschland in der Vergangenheit wirtschaftliche Vorteile gebracht. Es überrascht nicht dass deutsche Politiker und Wähler das anders sehen. Außerdem zögert Deutschland aus historischen Gründen, eine politische Führungsrolle in Europa zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund hat die bisherige Strategie deutscher Politiker darin bestanden, sämtliche Finanzhilfen an strenge Auflagen zu binden und sich die Führungsrolle mit Frankreich zu teilen. Aber die jeweiligen Wähler drängen die französischen und deutschen Entscheidungsträger in unterschiedliche Richtungen. Französische Wähler stehen den Hilfsgesuchen von Ländern in Finanzschwierigkeiten positiver gegenüber als deutsche, die Finanztransfers an andere Mitgliedsländer der Eurozone begrenzt sehen möchten. Infolgedessen kam es auf der Führungsebene bei wichtigen Themen häufig zu wirkungslosen Kompromissen.<sup>54</sup>

Würde in diesen Fällen, nämlich bei der Vergabe der Führungsrollen ebenso wie bei den Unterstützungen, Einigkeit herrschen, könnte die Schuldenkrise durch die Gemeinschaft der Europäischen Union schneller abgewendet werden beziehungsweise wären mehrere gemeinschaftliche Lösungsansätze sichtbar. Die Europäische Union sollte in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise Einigkeit demonstrieren, um die zukünftigen Schwierigkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten der Union bewältigen zu können. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass nur die Zu-

---

<sup>54</sup> (Mayer T.,2013, S. 157.)

sammenarbeit aller Früchte tragen kann, aber nicht die Ziele einzelner. Gemeinschaftliche Zukunft erfordert gemeinschaftliche Lösungen, nur so können auch Volkswirtschaften in der Europäischen Union wieder angekurbelt werden. Findet die Regierung der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten keine gemeinsame Lösung, um die Wogen der Wirtschafts- und Finanzkrise beziehungsweise Schuldenkrise zu glätten, ist der Zerfall der Europäischen Gemeinschaft auf längere Sicht kaum zu stoppen.

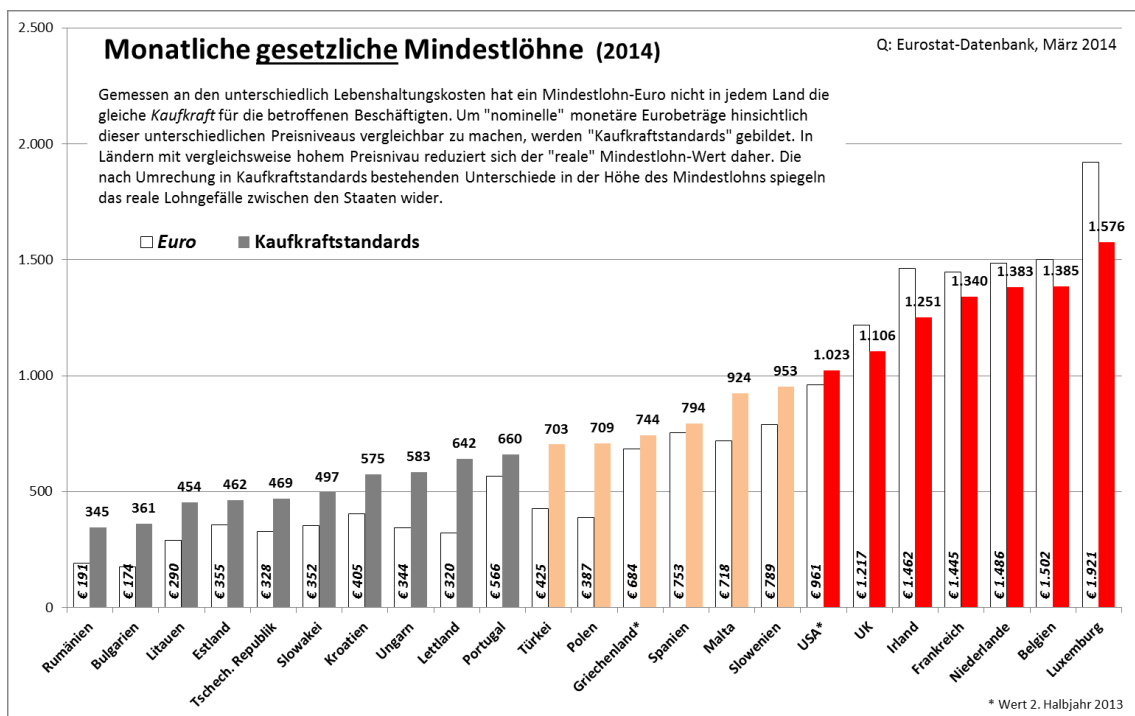


Abbildung 26: Mindestlöhne in der EU und anderen Ländern

Quelle: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/eu-weiter-mindestlohn-fuer-alle/>



## Literatur

Bagus, Philipp: Die Tragödie des Euro, Ein System zerstört sich selbst, München, Finanzbuchverlag, 2011

Bischoff, Joachim: Jahrhundertkrise des Kapitalismus, Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie?, Hamburg, VSA – Verlag, 2009

Brunetti, Aymo: Wirtschaftskrise ohne Ende?, US-Immobilienkrise, Globale Finanzkrise, Europäische Schuldenkrise, Bern, hep verlag ag, 2011

Doralt, Werner (Hrsg): Kodex des österreichischen Rechts, Bürgerliches Recht 2012/13. (bearbeitet von Dr. Franz Mohr), Wien, LexisNexis Verlag ARD ORAC GmbH&CoKG, 43.Auflage, 2012

Eichhorn, Wolfgang/Sollte, Dirk, Wiegandt Klaus (Hrsg): Das Kartenhaus Weltfinanzsystem, Rückblick – Analyse – Ausblick, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 2009

Grandt, Michael: Deutschland vor dem Kollaps, Warum es zum Staatsbankrott kommen muss!, Rottenburg, Kopp Verlag, 1. Auflage 2013

Hellerforth, Michaela: Die globale Finanzmarktkrise, Ursachen und Auswirkungen auf die Immobilien- und Realwirtschaft, Hamburg, Hammonia-Verlag GmgH, 2009

Karrass, Anne/Stierle, Steffen: EuropaKrise, Wege hinein und mögliche Wege hinaus, Hemsbach, Hamburg, VSA: Verlag, 2011

Krause, Holger: Wege zum Börsenerfolg, Aktien, Anleihen, Optionen, Niedernhausen-Ts, Falken-Verlag, 1987

Mayer, Thomas: Europas unvollendete Währung, Wie geht es weiter mit dem Euro?, Weinheim, Wiley-VCH Verlag & Co. KGaA, 1.Auflage 2013

Sandleben, Guenther: Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit, Wie die ganz reale Wirtschaft die Krise kriegt, Norderstedt, Books on Demand GmbH, 2011

Sarrazin, Thilo: Europa braucht den Euro nicht, Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat, München, Deutsche Verlags-Anstalt, 2012

Weik, M./Friedrich, M.: Der Grösste Raubzug der Geschichte, Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, Marburg, Tectum Verlag, 3. durchgesehene Auflage 2013

Wittmann, Walter: Superkrise, Die Wirtschaftsblase Platzt, Zürich, Orell Füssli Verlag, 2012

Fachzeit-  
schriften

Fachgruppe Wien der Immobilien und Vermögenstreuhänder (Hrsg), Österreichische Immobilien Zeitung, WIEN:  
KAPITALANLEGER TREIBEN PREISE FÜR  
EIGENTRUMSWOHNUNGEN IN DIE HÖHE, Wien, Österreichischer Wirtschaftsverlag, Ausgabe 12, 2013

- Fachgruppe Wien der Immobilien und Vermögenstreuhänder (Hrsg), Österreichische Immobilien Zeitung: WIEN: KAPITALANLEGER TREIBEN PREISE FÜR EIGENTRUMSWOHNUNGEN IN DIE HÖHE, Wien, Österreichischer Wirtschaftsverlag, Ausgabe 12, 2013
- Fonds Professionell, Österreichs unabhängiges Magazin für Anlageberater: Hoffen auf die über 50-Jährigen, Wien, Maged EI – Morsi Verlagsleitung, Ausgabe 2, 2014
- Internet-  
quellen
- Der Spiegel 2012, EI – Sharif Yasmin: Neuer Milliardenbedarf: Pleitebank Dexia stürzt Belgien in die Krise, Internetadresse: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/dexia-belgien-muss-pleitebank-wohl-erneut-mit-milliarden-stuetzen-a-849711.html>, verfügbar am 09.06.2014, 12 Uhr 15
- Deutsche Bundesbank, 2014: Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), Internetadresse: [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Glossareintraege/E/europaeischer\\_finanzstabilisierungsmechanismus.html](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Glossareintraege/E/europaeischer_finanzstabilisierungsmechanismus.html), verfügbar am 09.06.2014, 13 Uhr 25
- Format 2013, Hahn Jochen: „Es gibt einen Staat, aber er ist ein Staat, der total bankrott ist“, Internetadresse: <http://www.format.at/articles/1313/931/355775/es-staat-staat>, verfügbar am 09.06.2014, um 12 Uhr 57
- taz.de 2012, Ungarn droht der Staatsbankrott, zwischen Skylla und Charybdis, Internetadresse: <http://www.taz.de/!85435/>, verfügbar am 09.06.2014, 12 Uhr 35
- Wiener Börse, 2014: Anleihen, Internetadresse: <http://www.wienerborse.at/beginner/facts/anleihen.html>, ver-

füßbar am 09.06.2014, um 14 Uhr 19

Wirtschaftswoche 2013, Kamp Matthias: EURO-Pleitenkandidat, Slowenien steht vor der Pleite, Internetadresse: <http://www.wiwo.de/politik/europa/euro-pleitekandidat-slowenien-steht-vor-der-pleite/8067216.html>, verfüßbar am 09.06.2014, 11 Uhr 35

## Selbstständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Neunkirchen, im Juli 2014

-----

Matthias Josef Franz KMETYKO